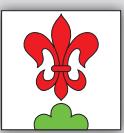




SVP Obwalden

Obwaldner Wahl-Zeitung



Am 8. März 2026 in den Kantonsrat:

Franziska Kathriner (bisher), Sarnen
Alfred von Ah (bisher), Sarnen
Hubert Schumacher (bisher), Sarnen
Remo Fanger (bisher), Sarnen
Martina Ziegler (neu), Sarnen
Werner von Wyl (neu), Sarnen
Thomas Britschgi (neu), Sarnen
Severin Wallimann (bisher), Alpnach
Marcel Schelbert (bisher), Alpnach
Rocco Sanapo (neu), Alpnach
Jing Vollmar (neu), Alpnach
Matteo Frenz (neu), Alpnach
Thomas Michel (bisher), Kerns
Daniel Blättler (bisher), Kerns
Monika Hausammann (neu), Kerns
Marianne Nufer (neu), Kerns
Hans Schwegler (neu), Kerns
Damian Hüppi (bisher), Lungern
Michael Schäli (neu), Lungern
Kari Feierabend (bisher), Engelberg
Peter Wild (bisher), Engelberg
Hubert Rawyler (neu), Engelberg
Peter Abächerli (bisher), Giswil
Kurt Wolf (neu), Giswil
Remo Abächerli (neu), Giswil
Werner Ettlin (bisher), Sachseln
Rolf Baltensperger (neu), Sachseln
Isabella Kretz-Kiser (neu), Sachseln
Albert Enz (neu), Sachseln

Mehr Infos unter www.svp-ow.ch



Dafür setzt sich die SVP Obwalden ein

Finanzen

Die SVP Obwalden wehrt sich **gegen Steuererhöhungen**, v.a. wenn sie versteckt erfolgen, sowie die Erhebung von neuen Steuern, Gebühren und Abgaben.

Wirtschaft

Nur mit einer **florierenden Wirtschaft** können die Bedürfnisse jedes Einzelnen gedeckt und ein Leben in **Wohlstand** gewährleistet werden.

Raum- und Bauplanung

Die SVP Obwalden fordert eine **schnellere Umsetzung** der Bau- und Zonenplanungen, welche nach der Richtplangenehmigung anstehen und das **verdichtete Bauen** nach innen.

Sicherheit

Die SVP Obwalden setzt sich für **Ruhe, Ordnung und Sicherheit** im Kanton ein und fordert mehr **polizeiliche Präsenz** und rasche Intervention bei kriminellen Handlungen.

Landwirtschaft

Die SVP Obwalden fordert eine **sichere Versorgung** unserer Bevölkerung mit einheimischen Produkten und den Weiterbestand der fast **600 Bauernbetriebe** in Obwalden.

Ausländer

Die Zuwanderung muss an den **Bedürfnissen und Möglichkeiten** der Schweiz orientiert sein. **Kriminelle Ausländer** und kriminelle Asylbewerber sind konsequent **auszuschaffen**.

Bildung

Die Eltern erziehen, die Schule ist der Bildung verpflichtet. Die Mittel müssen **wirkungsvoll und zielgerichtet** eingesetzt werden. **Disziplin, Fleiss und Leistung** bilden das Fundament.

Familie

Die Diskriminierung des **traditionellen Familienmodells** lehnt die SVP Obwalden klar ab. Die Familie bildet das **Fundament** einer stabilen staatlichen Gemeinschaft.

Gesundheit

Eine **qualitative Grundversorgung** auf dem aktuellsten Stand muss **finanzierbar** bleiben und kann nicht dauernd durch mehr Steuergelder subventioniert werden.

Soziales

Die SVP Obwalden setzt sich für die Förderung der **Eigenverantwortung** und für eine klare Abkehr von übertriebenen Ansprüchen an den Staat ein.

Jugend

Die **Junge SVP Obwalden** ist bestrebt, die Jugend von Obwalden zur aktiven und konstruktiven **Teilnahme an unserer Demokratie** zu motivieren.

Verkehr

Der **motorisierte Individualverkehr** ist der Hauptverkehrsträger der Obwaldner Bevölkerung. Die SVP Obwalden setzt sich für **gut ausgebauten Strassen** und moderate Abgaben ein.

Energie

Günstige Rahmenbedingungen für eine **sichere, kostengünstige und umweltschonende** Energieproduktion und -beschaffung im Kanton Obwalden haben erste Priorität.

Umwelt

Eine **gesunde Umwelt** erhöht unsere Lebensqualität und sichert wertvolle Lebensräume. Sie muss im **ganzheitlichen Interesse** betrachtet werden und die **Wirtschaft** miteinbeziehen.

Alle unsere Standpunkte finden Sie im Parteiprogramm 2026 – 2030

www.svp-ow.ch/parteiprogramm-legislatur-2026-2030/



So helfen Sie der SVP Obwalden in den Kantonsrat:

Beste Lösung: Nur die **SVP-Liste Nr. 2 unverändert einlegen.**

Zweitbeste Lösung: Auf der SVP-Liste Nr. 2 **höchstens Namen streichen**.

Drittbeste Lösung: Die **leere Liste mit SVP oder Liste Nr. 2 beschriften** und möglichst wenige Namen von anderen Parteien als der SVP aufschreiben.

Es darf **nur eine Liste** im Stimmcouvert abgegeben werden! Bitte nicht vergessen, die **Stimmkarte zu unterschreiben**.

So helfen Sie Franziska Kathriner in den Obwaldner Regierungsrat:

NUR Franziska Kathriner auf dem Wahlzettel für den Regierungsrat ankreuzen!



Helfen Sie uns – jede Stimme für die SVP zählt – Danke!

Vorwort des Präsidenten



Geschätzte Obwaldnerinnen und Obwaldner

Die Schweizerische Volkspartei des Kantons Obwalden setzt sich aus Überzeugung für Ihre Freiheit und Ihre Sicherheit ein. Wir stärken den Mittelstand, die kleinen- und mittleren Betriebe und die produzierende Landwirtschaft. Wir kämpfen gegen die Bürokratie und den Zentralismus aus Bern und Brüssel. Für uns ist klar: Freiheit und Sicherheit bilden die Grundvoraussetzung für unsere Demokratie und unseren Wohlstand.

Am 8. März 2026 stehen die Gesamterneuerungswahlen für den Obwaldner Kantons- und Regierungsrat an. Die Suche nach geeigneten Leuten, die sich politisch engagieren wollen, stellte auch für die SVP Obwalden eine Herausforderung dar. Insbesondere die junge Generation ist häufig mit Arbeit, Familie und Hobbies ausgelastet. Doch nur durch die Mitarbeit in den politischen Gremien bleibt unsere Demokratie lebendig.

Es freut mich deshalb, Ihnen 29 Kantonsratskandidatinnen und Kandidaten präsentieren zu können, die sich für unsere Werte in der Obwaldner Legislative einsetzen wollen. Dies ist nicht selbstverständlich, denn sie stehen öffentlich für eine klare politische Haltung ein. Ein herzliches Dankeschön geht auch an unsere 13 bisherigen SVP-Kantonsräte, die alle zur Wiederwahl antreten. Alle Informationen finden Sie in dieser Zeitung.

SVP-Regierungsrat Daniel Wyler tritt nach acht Jahren als Volkswirtschaftsdirektor nicht mehr an. Ihm gebührt ein grosser Dank für seine geleistete Arbeit. Für seine Nachfolge hat die SVP Obwalden Kantons- und Gemeinderätin Franziska Kathriner aus Stalden nominiert. Wählen Sie ausschliesslich Franziska Kathriner in den Regierungsrat, damit klare bürgerliche Werte in der Obwaldner Regierung vertreten bleiben.

Klar ist: Wer ein freies und sicheres Obwalden will, wo die Menschen in Eigenverantwortung ihr Leben selbst bestimmen können, der wählt am 8. März 2026 SVP!

Marcel Schelbert
Parteipräsident SVP Obwalden
Kantonsrat, Alpnach

Inhalt

Die SVP Obwalden, die zweitstärkste politische Kraft im Kanton, will ihren einzigen Sitz im Regierungsrat mit Franziska Kathriner verteidigen	4–6
Standortstrategie als Fortsetzung der Steuerstrategie	6–7
Rückblick und Ausblick des amtierende SVP-Regierungsrates und Landammanns	7
Der Fraktionspräsident hat das Wort	8
Jede Gemeinde ist ein Wahlkreis – jede Stimme entscheidend!	8
Silberstreifen am Horizont fürs Kantonsspital?	10–11
Unsere Bildungslandschaft – ein Zwischenruf	12
Bezahlbarer Wohnraum für OW	13
Von Asyl bis Zuwanderung – was Obwalden bewegt	13
Obwaldner gehen lieber auswärts ins Spital	15
Politik aus Sicht eines jungen Unternehmers	15
Öffentliche Sicherheit statt unnötige Nebenaufgaben finanzieren	16
Effizienter Service Public statt hohe Zwangsabgaben	16
Nein zum Solarzwang auf Obwaldner Dächern	18
Der Obwaldner Regierungsrat befürwortet den EU-Unterwerfungsvertrag!	19
Stoppt den Obwaldner Ausgaben-Wahnsinn: Volkswille statt Behördenwillkür!	21
Frauenschutz ist Grenzschutz	21
Die Obwaldner Landwirtschaft will produzieren – nicht nur pflegen	22
Verkehrspolitik in Obwalden	22
Siedlungsverträgliche Ortsdurchfahrt Lungern	23
Gemeindeautonomie unter Druck	23
Alles gut im Bildungswesen?	24
Tourismus stärkt Obwalden	25
Schiesswesen: Tradition und Spitzensport	25
Regulation des Wolfs zum Schutz von Lebensräumen und Artenvielfalt	26
Die Obwaldner Finanzen geraten aus dem Gleichgewicht	27
Für eine realistische Energiepolitik in Obwalden	28
Das Geld kommt von der Wirtschaft, nicht vom Staat	29
Individualbesteuerung: kompliziert, teuer und ungerecht	30
Ausser Spesen nichts gewesen	31
Christliche Werte verteidigen	32
Spenden: Unterstützen Sie den Wahlkampf der SVP Obwalden!	32
REGA im Sarneraatal – Nutzen oder Schaden für den Standort Obwalden?	33
Nur dank der REGA-Ansiedlung wird ein Teil der Flugpiste zurückgebaut	33
Franziska Kathriner in den Regierungsrat!	34
Schlusswort der Nationalrätin	36

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Gemeinde Sarnen	Seite 10–11
Gemeinde Alpnach	Seite 14–15
Gemeinde Kerns	Seite 20–21
Gemeinde Lungern	Seite 23
Gemeinde Engelberg	Seite 24–25
Gemeinde Giswil	Seite 26–27
Gemeinde Sachseln	Seite 28–29

Die SVP Obwalden, die zweitstärkste politische Kraft im Kanton, will ihren einzigen Sitz im Regierungsrat mit Franziska Kathriner verteidigen

Die Parteiversammlung vom 27. November 2025 hat Franziska Kathriner (54) einstimmig zur Regierungsratskandidatin als Nachfolgerin von Regierungsrat Daniel Wyler (67) nominiert. Kennen Sie Franziska schon? Wer ist sie?



Frau Kathriner, wer sind Sie?

Ich bin eine bodenständige, leidenschaftliche Familien- und Berufsfrau mit Affinität für Politik. Zusammen mit meinem Mann und unserer 17-jährigen Tochter wohne ich in der Schwendi (Stalden), wo ich auch aufgewachsen bin. Ich bin dipl. Treuhandexpertin mit einem Masterabschluss in Treuhand und Unternehmensberatung. In den vergangenen mehr als 30 Jahren durfte ich verschiedene Führungsfunctionen in Verwaltung und Privatwirtschaft ausüben.

Als Ausgleich und zur Vertiefung meiner Kenntnisse in der Landwirtschaft habe ich vor kurzem zusätzlich die Ausbildung als Bäuerin mit eidg. FA abgeschlossen.

Politisch verfüge ich über Erfahrung in allen drei Staatsgewalten, 16 Jahre als Mitglied im Obergericht Obwalden (Judikative) und seit 2024 als Kantonsrätin (Legislative) und Gemeinderätin in Sarnen (Exekutive).

Wie sind Sie als Person?

Ich bin vielseitig interessiert, was sowohl aus meiner beruflichen und politischen Tätigkeit sowie aus meinen Freizeitbeschäftigungen ersichtlich ist.

Zielorientiert und gradlinig setze ich mich für gesellschaftlich wichtige Themen ein. Dafür überwinde ich auch Widerstände. Mein eher ruhiges und besonnenes Wesen erlaubt es mir, auch in hektischen Zeiten rational und gelassen zu bleiben. Meine Belastbarkeit ist meine Stärke.

Wie sind Sie zur Politik gekommen und warum zur SVP?

Ich bin mit Politik aufgewachsen. Sie interessiert mich seit jeher. Bei der Gemeindeverwaltung Giswil durfte ich die Lehre als Kaufmännische Angestellte EFZ absolvieren. Politik war Inhalt der täglichen Arbeit und offenbarte mir erstmals eindrücklich politische Debatten. Mich beeindruckte das unermüdliche Schaffen der SVP im Sinne der Beibehaltung von wichtigen Grundwerten und Traditionen sowie der Schaffung von zeitgemässen Gesetzesgrundlagen, auch wenn es manchmal alle gegen die SVP bedeutete. So lag der Schritt nahe, 1999 als Gründungsmitglied der SVP Obwalden eine aktive Rolle in der Obwaldner Politik einzunehmen.

Was macht es für Sie erstrebenswert, Regierungsrätin zu werden?

Ich liebe Herausforderungen. Aufgrund meiner Erfahrung in allen drei Staatsgewalten sowie meinen Kaderfunktionen weiss ich, dass es einer Regierungsrätin an solchen nicht fehlt.

Aktuell stehen grosse Themen wie beispielsweise die Gestaltung und Umsetzung der Standortstrategie, welche die Obwaldner Steuerstrategie ablösen wird, an. Die Standortstrategie umfasst meine politischen Schwerpunkte Finanzen/ Steuern, Sicherheit/Justiz und Wirtschaft. Bei der Ausgestaltung dieser wegweisenden Strategie möchte ich gerne über das im Kan-

tonsrat Mögliche hinaus in der Exekutive des obersten kantonalen Gremiums aktiv mitwirken.

Können Sie das auch?

Ich werde das den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern gerne beweisen, wenn sie mir ihr Vertrauen schenken und ihre Stimme geben. Wenn ich mir diesen Schritt nicht zutrauen würde, hätte ich mich nicht als Regierungsratskandidatin zur Verfügung gestellt. Ich bin mir bewusst, dass in dieser Funktion grosse Herausforderungen anstehen, welche die volle Aufmerksamkeit und einen mit Persönlichkeit, Bildung und Erfahrung gefüllten Rucksack verlangen. Darauf freue ich mich im Bewusstsein, dass es nicht immer einfach sein wird.

Sie erwähnen Ihre Erfahrung in allen drei Staatsgewalten. Sind Sie ein Polit-Talent?

Die Einschätzung, ob ich ein Polit-Talent bin oder nicht, überlasse ich den Wählerinnen und Wählern. Als Gemeinderätin durfte ich unter Beweis stellen, dass es mir gelingt, verschiedene Haltungen wertschätzend unter einen Hut zu bringen. Wenn dadurch eine Einsprache mit Überzeugung verhindert werden kann, freut sich mein Polit-Herz.

Welches sind Ihre Stärken und Schwächen?

Als Stärken sehe ich meine Bodenständigkeit und meine Belastbarkeit. Meine vielseitigen Interessen und Kompetenzen befähigen mich, auch in heiklen Situationen einen kühlen Kopf zu bewahren und pragmatische Lösungen zu finden.

Als Schwäche könnte meine Ungeduld bezeichnet werden, welche bei scheinbar endlos dauernden Prozessen gelegentlich überhandnimmt. Allerdings konnten diese

dadurch auch schon beschleunigt werden, ganz nach Goethe «Erfolg hat drei Buchstaben: TUN»

Sie haben Ihre politischen Schwerpunkte publiziert. Gibt es nur diese Themen?

Sie erwähnen korrekt: Es handelt sich um Schwerpunktthemen, welche ich auf Grund meines beruflichen und politischen Werdegangs über Jahrzehnte verfolge. Selbstverständlich interessieren mich auch andere Bereiche. Würde mich z.B. Bildung nicht interessieren, wäre die Liste meiner Aus- und Weiterbildungen kürzer. Wirtschaft ohne Bauthemen wäre realitätsfremd usw. Am besten gefällt mir das Vernetzen der verschiedenen Themen.

Was unterscheidet Sie vom FDP-Regierungsratskandidaten Marius Küchler?

Mit Sicherheit unterscheidet das klar definierte Geschlecht. Auch liegen rund 20 Jahre Berufs- und Lebenserfahrung zwischen uns.

Wo sehen Sie die Stärken und die Schwächen des Kantons Obwalden?

Wir dürfen mit Stolz auf sehr erfolgreiche Klein- und Grossunternehmungen schauen, welche uns auch in Zukunft Wohlstand versprechen. Wir ermöglichen den für unsere Wirtschaft notwendigen Arbeitskräften das Wohnen und Arbeiten in unserem wunderbaren Kanton. Die Ausbildung der Nachwuchskräfte kann in unmittelbarer Nähe absolviert werden. Wir besitzen alles, wofür uns Touristen begeistern. Nebst Seen und Bergen bietet sich eine breite Palette an Freizeitmöglichkeiten an, die ohne stundenlange Anfahrtswägen genutzt werden können. Umgeben von finanzstarken Kantonen stehen wir vor der Herausfor-



derung, unsere Finanzen zu steuern, dass die Steuerstrategie erfolgreich durch die Standortstrategie abgelöst werden kann und die Wirtschaft dadurch die notwendigen Rahmenbedingungen erhält.

Welche Vision haben Sie für den Kanton Obwalden?

Wir wollen die Stärken unseres Kantons weiter ausbauen, sodass Wohnen und Arbeiten im Kanton auch für Einheimische interessant und möglich bleibt.

7 Kurzfragen ausserhalb der Politik

→ Sommer oder Winter?

Beides «richtig»

→ Fitnesssteller oder Ravioli?

Ravioli – gern auch mit Fleisch

→ Wein oder Bier?

Am liebsten Cheli / Schwarzes, gern auch Wein, sicher kein Bier

→ Pop- oder Rockmusik

Musik in allen Stilrichtungen

→ Orange oder Rot?

Meine Lieblingsfarbe ist Blau

→ Stadtbummel oder Online-Shopping

Städtereise

→ Einen Monat lang ohne Spiegel oder ohne Handy?

Kann mir beides gut vorstellen

Wie wollen Sie der finanziellen Herausforderung für den Kanton Obwalden entgegenwirken?

Ein ehrliches und konsequentes unterscheiden zwischen Kernaufgaben und Wünschbarem ist unabdingbar, wenn wir den Erfolg der verlässlichen Steuerpolitik mit mässiger Steuerbelastung halten wollen. Diese Zielerreichung darf mit Verzicht verbunden sein. Dafür brauchen wir den politischen Konsens über die Parteigrenzen hinaus.

Die Kostenumverteilung zwischen Kanton und Gemeinden allein kann nicht Mittel dazu sein. Wir müssen prüfen, welche Aufgaben und damit Kosten die Obwaldnerinnen und Obwaldner als notwendig erachten und was ihnen das wert ist. Aufgaben, welche den Kernauftrag von Kanton und Gemeinden übersteigen, müssen ein Preisschild erhalten. Investitionen sind wichtig, müssen notwendig und finanziell verkraftbar sein.

Welches sind die Erfolgspositionen, welche der Kanton Obwalden noch stärker pflegen soll?

Wir bieten eine breite Palette an Ausbildungsmöglichkeiten an. Ein Grund, hier zu wohnen. Die Grösse unseres Kantons erlaubt uns Entscheidungen, welche in einem grossen Kanton nicht möglich wären. So konnten wir uns von der einstigen «Steuerhölle» zur «Steuereroase» entwickeln. Wohnen in wunderbarer Natur, Arbeiten in interessanten Berufen und vieles mehr, ist in unserem Kanton möglich. Dazu müssen wir Sorge tragen.

Wie wichtig ist für Sie die Berufslehre als Ausbildung?

Mir ist die Berufslehre ausserordentlich wichtig. Sie verdient Respekt und Wertschätzung. Unsere Wirtschaft ist auf qualifizierte Fachkräfte dringend angewiesen. Wenn die Berufslehre die berechtigte Anerkennung erfährt, sind die Verantwortlichen bereit, darin zu investieren und geeignete Personen dafür zu motivieren. Ich bin überzeugt vom Erfolg des dualen Bildungssystems. Es öffnet Tür und Tor für die persönliche berufliche Entwicklung und Zufriedenheit. Qualifizierte Fachkräfte aus Wirtschaft und Verwaltung stellen es unter Beweis.

In welchen Themen erwarten Sie eine positive Entwicklung für den Kanton Obwalden?

Ich bin überzeugt, dass wir in den finanzpolitischen Themen den Turnaround schaffen werden, um uns weiterhin in der Schweiz positiv in den Fokus stellen zu können. Dies gelingt uns mitunter dank erfolgreichen Unternehmungen mit interessanten Arbeitsplätzen in unserem Kanton.

Welche Themen wollen Sie der politischen Konkurrenz nicht überlassen?

Meine Schwerpunktthemen Steuern / Finanzen, Sicherheit / Justiz und Wirtschaft. Damit sind Bildung und Bauen nicht ausgeschlossen, sondern Zubringer zum Erfolg. Auf die geschickte Vernetzung wird's ankommen.

Haben Sie die Prüfung zur Bäuerin mit eidg. Fachausweis absolviert, um auch die landwirtschaftlichen Wähler zu gewinnen?

So einfach lassen sich die Menschen in der Landwirtschaft zum Glück weder beeinflussen noch täuschen. Da hätte ich wohl Zeit und Geld in den Sand gesteckt. Vielmehr ist es so, dass ich mich in meiner beruflichen Tätigkeit seit mehr als 30 Jahren fast ununterbrochen mit den wirtschaftlichen und betrieblichen Situationen der Zentralschweizer Landwirtschaftsbetriebe beschäftige. Das Wohnen und Leben umgeben von erfolgreich praktizierenden Landwirten

hat das Interesse an ihrer Arbeit weiter geweckt. Das Absolvieren dieser Ausbildung hat eine willkommene Ergänzung zum Beruf dargestellt. Dass dabei mein hauswirtschaftliches Interesse und Wissen vertieft und ergänzt werden konnte, war eine bereichernde Erfahrung.

Sind Sie gesund und stabil, um auch politische Unfreundlichkeiten zu ertragen?

Zurzeit erfreue ich mich bester Gesundheit und dies, obwohl mir die politischen Unfreundlichkeiten bestens bekannt sind. Ich darf somit für mich in Anspruch nehmen, diese zu ertragen. Die Angriffe lassen mich nicht kalt. Ich habe gelernt damit umzugehen. Ich bin mir bewusst, dass die Respektlosigkeiten in der Regel vor allem mit dem Angreifer und seinem Selbstwert zu tun haben. Mir ist es wichtig, grundsätzlich jeder Person respektvoll gegenüberzutreten, unabhängig der politischen Ausrichtung oder anderen Zugehörigkeiten.

Sind Sie kommunikativ stark und stehen Sie gerne vor der Kamera?

Während der langen Zeit als Oberrichterin war es mir wichtig, nicht im Rampenlicht zu stehen. Insbesondere was politische Themen betrifft. Das ist für mich ein Teil der zu Recht geforderten Neutralität, welche man von einer Richterin erwarten darf.



Als Kantons- und Gemeinderätin hat sich das naturgemäß etwas geändert. Es wird erwartet, dass ich öffentlich meine Meinung äussere, so beispielsweise an Kantonsratsitzungen und an Gemeindeversammlungen. Das tue ich gern, wenn ich damit im Sinne der Sache etwas beitragen kann.

Sie sind gern mit dem Lastwagen unterwegs. Was bedeutet das für Sie? Ist das mit dem Amt als Regierungsrätin zu vereinbaren?

Das Lastwagenfahren bedeutet mir sehr viel. Ich sehe mich um und entdecke keinen einzigen Gegenstand, welcher nicht mindestens einmal in einem Lastwagen transportiert worden ist. Obwalden verfügt aktuell über keinen Güterumschlag auf der Bahn. Die Bedeutung des Lastwagenverkehrs glaube ich damit unterstrichen zu haben. Seit meinem 18. Lebensjahr fahre ich leidenschaftlich gern Lastwagen. In einem Lastwagen kann ich alles um mich herum nicht

nur sprichwörtlich hinter mir lassen. Meine Gedanken bewegen sich in Freiheit durch die Kabine. Beim Fahren werden nicht nur die Batterien des Lastwagens, sondern vor allem auch meine voll aufgelaaden. Ausserdem schätze ich meine treuen Fahrer-Freunde sehr.

Als Ausgleich würde ich es mir auch als Regierungsrätin nicht nehmen lassen, wenn immer möglich in einen Lastwagen zu sitzen.

Warum sollen die Obwaldnerinnen und Obwaldner Sie in den Regierungsrat wählen?

In meinem Rucksack finden sich unzählige Komponenten, welche ich vielseitig für die Obwaldnerinnen und Obwaldner auspacken kann. Mir sind der Kanton und vor allem die Menschen, die hier wohnen, wichtig und vertraut. Auch wenn ich nicht alle Obwaldnerinnen und Obwaldner persönlich kenne, weiss ich dennoch aus verschiedenen Branchen und Lebenslagen um die Anliegen und Ansprüche.



Standortstrategie als Fortsetzung der Steuerstrategie

Im Dezember 2024 hat der Kantonsrat den Evaluationsbericht zur Steuerstrategie des Kantons Obwalden zur Kenntnis genommen und damit die erfolgreiche Steuerstrategie verabschiedet. Die Steuerstrategie wird durch die Standortstrategie abgelöst. Wo liegen die Unterschiede? Warum brauchen wir eine Standortstrategie?

Die Zusammenhänge zwischen Steuern, Baulandreserven, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Verkehrsanbindung, Sicherheit usw. wurde erkannt. Diese Faktoren müssen gewinnbringend vernetzt werden. Die Schwachstellen der Steuerstrategie werden in der Standortstrategie verbessert. Insgesamt darf die Steuerstrategie als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden, welche Obwalden den Weg aus der Steuerhölle bereitet hat. Jetzt begeben wir uns in die anspruchsvolle nächste Phase, umgeben von finanziell erfolgreichen Innerschweizer Kantonen.

Die Abbildung zeigt die Zuzüge wohlhabender Personen in den Jahren 2006 bis 2021. Davon konnten fast alle Obwaldnerinnen und Obwaldner profitieren, indem die

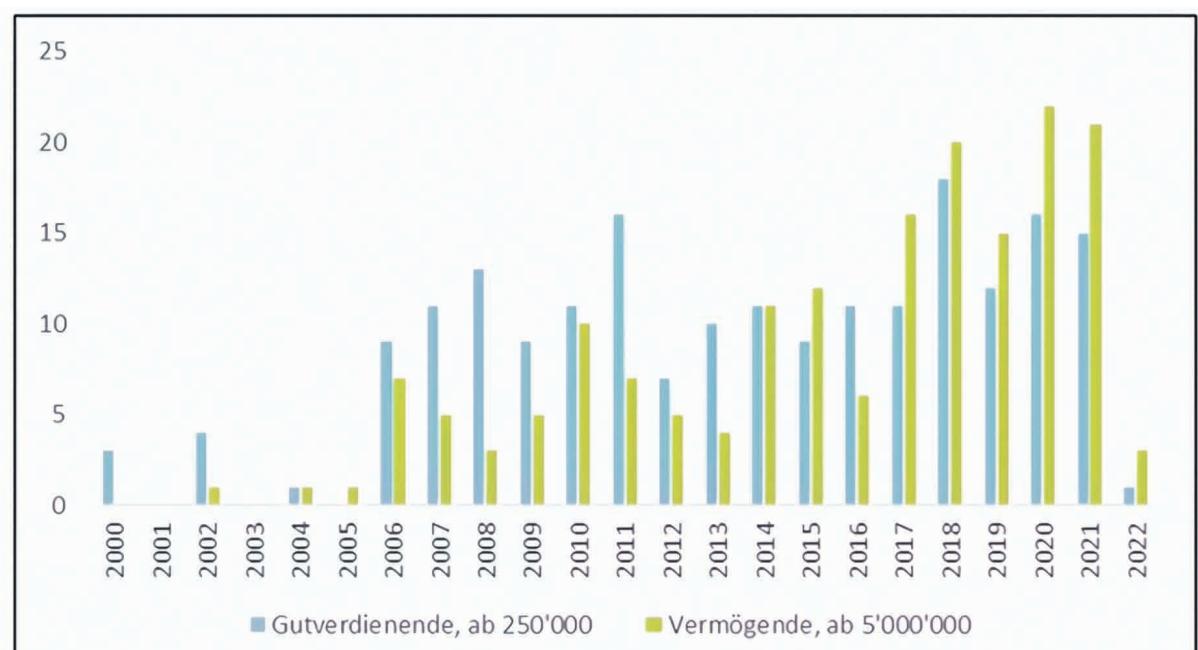


Abbildung 8: Entwicklung der jährlichen Anzahl wohlhabende Zuzüger.

Quelle: IBR Bruni, Stefan, Schlussevaluation der Steuerstrategie des Kantons Obwalden, Hauptbericht S. 13

Steuerbelastung dank höheren Steuererträgen insgesamt massiv gesenkt werden konnte. Seit dem eigentlichen Abschluss der Steuerstrategie ist mehr als ein Jahr verstrichen. Die Erarbeitung der Standortstrategie hat zwar Fahrt aufgenommen, ist jedoch noch weit von einer eigentlichen Verabschiedung durch den Kantonsrat entfernt. In der Zwischenzeit müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden. Diese basieren bis zum Inkrafttreten der Standortstrategie auf bestehenden Vorgaben. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, dass die Standortstrategie und damit die Ver-

netzung von Erfolgsfaktoren umgesetzt werden kann. Damit werden grundlegende Weichen für die Entwicklung von Obwalden gestellt. Die auf Obwalden massgeschneiderte und zukunftsgerichtete Standortstrategie muss Verunsicherungen beseitigen, wie beispielsweise jene, durch die Abstimmung über die Erbschaftssteuer-Initiative der Juso hervorgerufene, und gleichzeitig Vertrauen schaffen. Vertrauen in die Verlässlichkeit ist eine wichtige Voraussetzung, welche uns für potentielle Zuzüger genauso attraktiv macht wie für unsere langjährigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Neue Aufteilung der Aufgaben und Lasten zwischen Kanton und Gemeinden

Die Standortstrategie allein sichert uns keinen ausgeglichenen Finanzhaushalt. Als eine der Erkenntnisse aus dem Evaluationsbericht wird die Aufgaben- und Lastenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden geklärt werden müssen. Dies stellt die Chance dar, vor der Neuzuteilung die Notwendigkeit der Kosten und Aufgaben ehrlich und ergebnisoffen zu prüfen. Eine wegweisende Aufgabe, welche sich der eigens dafür gegründeten ECHO-Gruppe, bestehend aus Kantons- und Gemeindevertretern,

im Hinblick auf unsere sehr ange spannte Finanzsituation stellt. Halten wir uns vor Augen, dass dieselben Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowohl Gemeinde- und Kantonssteuern wie auch die direkte Bundessteuer entrichten. Wollen wir unseren Finanzhaushalt ins Lot bringen, brauchen wir klar begründete und verständlich kommunizierte mutige Entscheidungen und nicht nur Umverteilungen.

*Franziska Kathriner
Kantons- und Gemeinderätin*

Rückblick und Ausblick des amtierenden SVP-Regierungsrates und Landammanns

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit als Regierungsrat wurde mir die Leitung der Task Force akute Spitalversorgung übertragen, welche aufzeigen sollte, welche Alternativen es für die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Obwalden gibt, welche Kosten und Konsequenzen resultieren und wie die Qualität sichergestellt werden kann. Mit der klaren Zustimmung anlässlich der Abstimmung vom 30.11.2025 und dem Anschluss an die Spitalregion Luzern – Nidwalden konnte nun ein wichtiger Schritt in die Zukunft gemacht werden.

Mit der Corona-Pandemie und der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen kam eine weitere und weit grössere Zusatzaufgabe auf das Volkswirtschaftsdepartement (VD) zu. Dann entschied der Regierungsrat, dass wir bis zur Übertragung an die Ausgleichskasse OW die Prämienverbilligung durchführen müssen und bei der Energiekrise wurde mir der Vorsitz des Sonderstabes Versorgungssicherheit übertragen. Neben all den eigentlichen Aufgaben des VD (Landwirtschaft, Umwelt, Volkswirtschaft, Tourismus, Migration, Technische und Arbeits-Inspektorate, RAV, AHV, Handelsregister, Grundbuch und -bereinigung etc.) zeigt dies

auf, dass es ein äusserst spannendes Departement ist und immer wieder Zusatzaufgaben bewältigt werden müssen, um für Land und Leute zu sorgen.

Wichtig ist neben all den vielseitigen Gebieten und Herausforderungen auch der Einbezug der anderen Argumente, der Anliegen von einem Viertel der Wählenden in Obwalden in der Regierung. Auch wenn der Regierungsrat eine Kollegialbehörde ist und letztlich die gefällten Entscheide von allen nach aussen vertreten werden müssen ist es entscheidend, möglichst viele Aspekte bei der Lösungsfindung zu berücksichtigen. Nach den bald acht Jahren im Regierungsrat habe ich diese Diskussionen nicht nur als spannend und bereichernd empfunden, sondern als absolut notwendig. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die SVP mit ihren Anliegen und Argumenten auch weiterhin in diesem Gremium vertreten ist.

*Daniel Wyler
Landammann, Engelberg*



Der Fraktionspräsident hat das Wort

■ Liebe Obwaldnerinnen, liebe Obwaldner



Ich durfte im Juni 2024 das anspruchsvolle Amt des Fraktionspräsidenten der SVP-Obwalden übernehmen. Mein geschätzter Vorgänger, Ivo Herzog, welcher lange der SVP-Fraktion vorstand, hat mir sehr grosse politische Schuhe hinterlassen.

Dennoch bin ich überzeugt, dass die SVP-Fraktion einiges im Kantonsrat Obwalden bewirken konnte. Dabei möchte ich die sehr gute Zusammenarbeit mit unserem Regierungsrat, Daniel Wyler und unserem Parteipräsidenten sowie Kantonsratskollegen, Marcel Schelbert, erwähnen.

2025 konnte die SVP-Fraktion das Referendum gegen den Nachtrag zum Bildungsgesetz einreichen, welcher auf grosse Resonanz gestossen ist. Zudem hat die SVP-Fraktion sehr engagiert bei den Vernehmlassungen zum Baugesetz und Spitalgesetz mitgewirkt. Dafür möchte ich meinen Fraktionskollegen herzlich danken.

Die SVP-Fraktion wird sich auch weiterhin zielgerichtet, bürgernah und konsequent für die Probleme der Obwaldner Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Vor uns liegen im Obwaldner Kantonsrat bedeutende Aufgaben. Insbesondere die Gesundheitsversorgung und die angespannte finanzielle Lage des Kantonspitals Obwalden werden weiterhin im Zentrum stehen, auch wenn es zu einem Zusammenschluss mit dem LUKS gekommen ist. Auch in der Sicherheitspolitik und im Asylwesen stehen wir vor grossen Herausforderungen. Das Asylzentrum im Glaubenberg führt immer wieder zu Einsätzen der Kantonspolizei, die nicht einfach zu bewältigen sind.

Die SVP steht dafür, dass unbequeme Themen angepackt und offen ausdiskutiert werden. Wir stehen für den Mittelstand ein und sorgen für eine vernünftige Finanzpolitik im Kanton Obwalden. Wer die SVP wählt, kann sich darauf verlassen, seine Stimme einer Partei zu geben, die verbindlich und vor allem verlässlich politisiert.

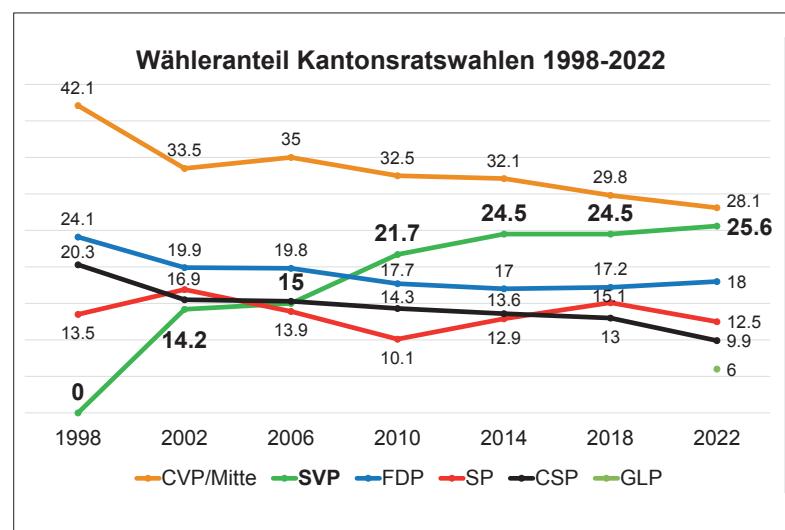
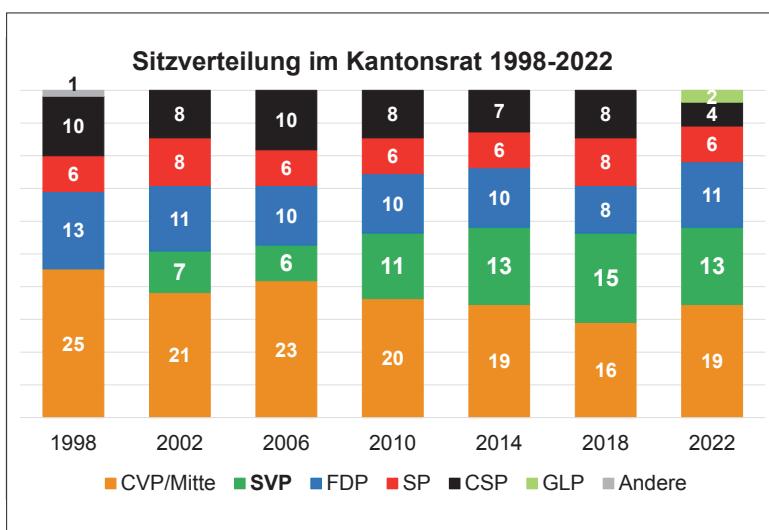
Vielen Dank für Ihr Vertrauen in die SVP Obwalden.

*Remo Fanger
Fraktionspräsident SVP Obwalden
Kantonsrat, Kägiswil*

Jede Gemeinde ist ein Wahlkreis – jede Stimme ist entscheidend!

Die SVP Obwalden holte 2022 fast gleich viele Stimmen wie die Mitte – hat aber ganze sechs Sitze weniger im Kantonsrat. Die verfügbaren Sitze pro Gemeinde werden nach Wahlergebnis in der jeweiligen Gemeinde an die Parteien vergeben. Wenige dutzend Stimmen können bereits einen Unterschied machen. Gehen Sie also am 8. März 2026 zur Wahl und helfen Sie der SVP Obwalden mehr Sitze zu gewinnen.

Sitze pro Gemeinde nach Einwohnerzahl: Alpnach 9, Sarnen 15, Kerns 9, Engelberg 6, Sachseln 7, Giswil 5, Lungern 4.





Fir Obwaldä!

Die SVP für Obwalden in den Kantonsrat

Wir danken für Ihre Stimmen!

Freiheit • Sicherheit • Wohlstand



Liste 2

Silberstreifen am Horizont fürs Kantonsspital?

Für das Jahr 2026 beantragte der Regierungsrat für das Kantonsspital Obwalden (KSOW) Defizitbeiträge von insgesamt **12,503 Millionen Franken**, die vom Kantonsrat auch genehmigt wurden. Zudem befand sich das Luzerner Kantonsspital (LUKS) Ende 2025 im Zusammenschlussprozess mit dem Kantons-

spital Obwalden im Rückstand, was dazu führte, dass geplante Investitionen im Informatik-Bereich verschoben werden mussten. Dies erschwert eine transparente und verlässliche Finanzplanung.

Operativ leistet das KSOW weiterhin gute Arbeit. Dennoch ist fest-

zuhalten, dass die strukturelle Unterdeckung im Vergleich zu den Jahren vor 2025 nach wie vor hoch ist, auch wenn sich Mehraufwendungen und Zusatzerträge aktuell weitgehend ausgleichen. Die Einführung des neuen Tarifsystems Tardoc wird im Jahr 2026 diverse Veränderungen bringen, in einzel-

nen Bereichen wie der Radiologie führt sie für das KSOW zu Ertrags-einbussen. Stark defizitär ist die Geburtenabteilung: Die Geburtenzahl lag 2025 mit rund 220 Geburten leicht unter dem Vorjahr. Für eine kostendeckende Geburtshilfe wären jedoch mindestens 500 Geburten notwendig.



Liste 2

Für Sarnen in den Kantonsrat

Alfred von Ah

16. November 1971
verheiratet · 2 Kinder

Beruf

- dipl. Berufsschullehrperson

Aus- & Weiterbildung

- eidg. dipl. Gärtnermeister

Vereine / Verbände

- Florist.ch Zentralschweiz
- Schweizer Floristen Fachschullehrer

Hobbies

- Garten



bisher

Politische Schwerpunkte

- Bildung

Hubert Schumacher

15. September 1960
geschieden · 2 Kinder

Beruf

- Freiberufliche Tätigkeiten · Pensioniert

Aus- & Weiterbildung

- dipl. Versicherungs- und Vorsorgeberater
- eidg. dipl. Logistikleiter · Kaufmann EPZ

Politische Ämter

- Kantonsratsratspräsident 2025/26
- Kantonsrat seit 2012 · Kant. Kulturkommission

Vereine / Verbände

- Skiclub Schwendi-Langis, Jodlerclub Sarnen, Tambouren OW, TCS, UOV OW, Feuerwehrverein Sarnen, Theater Sarnen und Märlitheater, Zeitgut Obwalden, Pro Schweiz, Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen SGP, etc.



bisher

Politische Schwerpunkte

- Gesundheit
- Finanzen
- Sicherheit

Remo Fanger

15. Juni 1974
verheiratet · 1 Kind

Beruf

- Fachspezialist Luzerner Polizei

Aus- & Weiterbildung

- Fachspezialist Luzerner Polizei · Höhere Ausbildungen im Bereich
- Geschwindigkeitsberechnung & Videoforensik

Käser EFZ

Politische Ämter

- Fraktionspräsident seit 2024 · Kantonsrat seit 2017

Vereine / Verbände

- Älplergesellschaft Kägiswil
- IPA International Police Association
- Schiesssektion der Luzerner Polizei
- Personalverband der Luzerner Polizei

Hobbies

- Wassersport · Brauchtum · Jassen · Alphorn



bisher

Politische Schwerpunkte

- Gesundheit
- Sicherheit
- Gerichte

Martina Ziegler

1. März 1987
getrennt · 2 Kinder

Beruf

- Immobilienbewirtschafterin · Geschäftsführerin

Aus- & Weiterbildung

- KV
- Sachbearbeiter Rechnungswesen
- Personalassistentin
- FA Immobilienbewirtschafterin

Vereine / Verbände

- Gewerbeverband OW
- HEV

Hobbies

- Motorrad fahren · Wandern · Lesen
- Skifahren



Politische Schwerpunkte

- Vernünftige Klimapolitik
- Bauen und Wohnen
- Sicherheit

Bei der letztjährigen Revision des Spitalgesetzes konnten endlich konkrete und wirksame Schritte unternommen, die langfristig eine Verbesserung der finanziellen Situation herbeibringen sollten. Neben der Ermöglichung der Verbundlösung mit dem LUKS war dies insbesondere die Anpassung des «Arti-

kels 22». Dieser zwang das KSOW in den letzten 20 Jahren, festgeschriebene Leistungen aufrechtzuerhalten, unabhängig davon, ob diese medizinisch sinnvoll ausgelastet oder wirtschaftlich vertretbar waren. Aus diesem Grund hat sich die SVP vehement, von Anfang an, für die Anpassung des Artikels

22 im Spitalgesetz eingesetzt. Die SVP-Fraktion wird weiterhin beide Augen auf die Ausgaben des KSOW gerichtet haben, denn auch der Zusammenschluss mit dem LUKS wird kein finanzielles Allheilmittel sein.

Remo Fanger, Kantonsrat, Kägiswil



Liste 2

Für Sarnen in den Kantonsrat

Werner von Wyl

19. Februar 1963
verheiratet • 2 Kinder

Beruf

- Rentner (FAR)

Aus- & Weiterbildung

- Maurer
- Hochbaupolier mit eidg. FA

Hobbies

- Schwingen
- Sport allgemein
- Brauchtum
- Geografie
- Geschichte

Politische Schwerpunkte

- Kt. Finanzen
- Bauen
- Bildung



Franziska Kathriner

23. Februar 1971
verheiratet • 1 Kind

Beruf

- Leiter-Stellvertreterin Abteilung Natürliche Personen Finanzdirektion NW / Kantonales Steueramt

Aus- & Weiterbildung

- 2023 Bäuerin mit eidg. Fachausweis
- 2020 MAS FH in Treuhand- und Unternehmensberatung
- 2018 dipl. Treuhandexpertin
- 2003 Berufszulassung Personen- und Güterverkehr
- 1997 Treuhänderin mit eidg. Fachausweis
- 1992 Kaufmännische Angestellte EFZ
- 1989 LKW-Führerschein
- 1988 Hauswirtschaftliche Angestellte EFZ
- Deutsch Muttersprache
- Kenntnisse in Englisch Französisch und Italienisch

Politische Ämter

- aktuell Kantons- und Gemeinderätin Sarnen
- Oberrichterin 16 Jahre • GRPK Sarnen 12 Jahre
- Mitglied WB-Kommission Gemeinde Giswil

Vereine / Verbände

- Treuhand Suisse • les routiers suisses
- Bergclub Meerli • Stockkreuzfreunde

Hobbies

- LKW-Fahren • Wandern • Kochen
- Handarbeiten • Musik



Thomas Britschgi

20. Januar 1968
ledig

Beruf

- Instruktor
- Moderator
- Kursleiter

Aus- & Weiterbildung

- Automechaniker
- Instruktor VSR / FVS

Vereine / Verbände

- FMS
- Supporter FC Sarnen
- SWISSDRIVE

Hobbies

- Lesen • Motorrad

Politische Schwerpunkte

- Verkehr
- Finanzen
- Bildung
- Migration



Politische Schwerpunkte

- Steuern / Finanzen
- Sicherheit / Justiz
- Wirtschaft

**Freiheit
Sicherheit
Wohlstand
Fir Obwaldä!**

Liste 2



Unsere Bildungslandschaft – ein Zwischenruf

Die Revision des Bildungsgesetzes wurde am 30. November 2025 vom Stimmvolk angenommen. Im Vorfeld der Abstimmung hatte ich Gelegenheit, zahlreiche Diskussionen und Gespräche mit unterschiedlichsten Akteuren aus dem Bildungsbereich zu führen.

Unbestritten ist, dass das Leistungsniveau unserer Schulabgänger gesunken ist und dass diese heute schlechter auf den Eintritt ins Berufsleben vorbereitet sind als noch vor zehn Jahren. Die aktuelle Umfrage des Gewerbeverbandes Obwalden bestätigt dies. Auch der parlamentarische Vorstoss zum Frühfranzösisch anerkennt, dass die angestrebten Leistungsziele nicht erreicht werden und fordert eine Praxisänderung sowie mutige Schritte.

**Was ist seither geschehen?
Sicher ist eines:
An den Kindern liegt es nicht!**

Eine solche Anpassung im Fach Französisch darf jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Sie muss im Zusammenhang mit weiteren Fremdsprachen, aber auch mit anderen Einflussfaktoren, erfolgen. Denn noch 2013 hielt das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) in einer Stellungnahme zu einer Interpellation fest, dass Frühfranzösisch keinen Anlass zu Beanstandungen gebe.

Seit Jahren zeigen sich aber auch bei den grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen und Schrei-

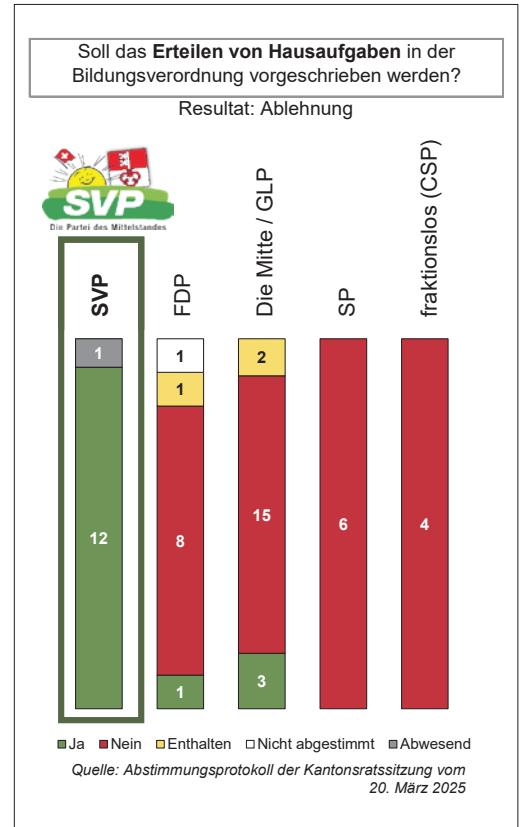
ben rückläufige Ergebnisse. Konkret bedeutet dies, dass rund ein Viertel der Schulabgänger einen einfachen Text nicht korrekt versteht. Diese Entwicklung scheint die Verantwortlichen in Politik und Verwaltungen kaum zu beunruhigen. Dabei müssten längst alle Warnsignale auf Rot stehen. Die Ansicht des Regierungsrats, wonach sich unsere Bildungsgesetzgebung bewährt habe, ist schwer nachvollziehbar. Anstelle grundsätzlicher Korrekturen durch strukturelle Reformen werden mehr Ressourcen gefordert. Doch eine Tschifäär kann man nicht mit Wasser füllen!

Leidtragende dieser Entwicklung sind einmal mehr die lernschwächeren Jugendlichen. Die Bildungspolitik müsste sich längst einer unbequemen Wahrheit stellen: Es wird viel, meist kostenintensiv, unternommen – doch nur wenig davon zeigt Wirkung. Die Diskussion um das Bildungsgesetz und die Motion zum Frühfranzösisch hat gezeigt, dass nur die SVP sich für echte Reformen an unseren Schulen einsetzt.

Alfred von Ah
Kantonsrat, Sarnen



Kantonsrat Severin Wallmann und Kantonsrat Alfred von Ah waren Kampagnenleiter beim SVP-Referendum gegen das Kantonale Bildungsgesetz am 30. Nov. 2025.



5-Punkte-Plan der SVP für die Bildung in Obwalden

Bildung ist unsere stärkste Ressource. Die SVP will bei der Bildung nicht sparen, sondern sicherstellen, dass die Mittel wirkungsvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Im Zentrum stehen das Wohl der einzelnen Schülerinnen und Schüler und deren bildungswirksames Lernen. Deshalb fordern wir:

- 1. Bildungsexperimente einschränken**
- 2. Fokus auf das Wesentliche**, u.a. nur eine Fremdsprache in der Primarschule
- 3. Bewährte Instrumente gesetzlich verankern**, etwa geleiteter Unterricht, Hausaufgaben und Leistungsbeurteilungen durch Noten
- 4. Stufengerechte Förderklassen** statt immer mehr Integration
- 5. Administrative Entlastungen** für Lehrpersonen

Bezahlbarer Wohnraum für OW

Der Wohnungsmarkt im Kanton Obwalden ist stark unter Druck. Tiefe Leerwohnungszahlen, verzögerte Bauvorschriften und eine hohe Zuwanderung verschärfen die Situation. Besonders Familien und Einheimische spüren den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zunehmend.

Der Wohnungsmarkt in Obwalden bleibt angespannt. Ende 2024 lag die Leerwohnungsquote bei lediglich 0,5 Prozent und damit deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt von 1,0 Prozent. Nur in wenigen Kantonen ist das Wohnungsangebot pro Einwohner noch knapper: In Genf (0,34 %), Zug (0,42 %) und Zürich (0,48 %) standen anteilmässig noch weniger Wohnungen leer. Obwalden zählt damit zu den Kantonen mit dem geringsten verfügbaren Wohnungsangebot.

Ein wesentlicher Grund liegt in staatlichen Verzögerungen. Zwar wurde die Ausnützungsziffer bereits vor über zehn Jahren abgeschafft, doch erst kürzlich verabschiedete der Kantonsrat das neue Bau- und Planungsgesetz. In vielen Gemeinden fehlen die angepassten Bau- und Zonenreglemente noch. Erst mit liberaleren Vorschriften und schlanken Verfahren kann zusätzlicher, günstiger Wohnraum entstehen.

Zusätzlich erhöht die anhaltend hohe Zuwanderung den Druck auf die Landregionen. In den letzten zehn Jahren lag die Nettozuwanderung bei rund 90 000 bis 110 000 Personen pro Jahr, was einem Bedarf von etwa 50 000 zusätzlichen Wohnungen jährlich entspricht. Besonders im günstigen und mittleren Preissegment ist die Verknappung deutlich spürbar. Einheimische und Familien finden immer seltener passende Wohnungen.

Als Immobilienbewirtschafterin erlebe ich täglich, wie hohe Mietpreise und steigende Baukosten – ver-

stärkt durch unnötige Vorschriften – das Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit und bezahlbarem Wohnen verschärfen. Eine weitere Verdrängung zugunsten von Asylunterkünften oder Sozialmigration wäre nicht tragbar.

Die SVP setzt sich für praktikable Bauvorschriften und eine verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik ein – damit in Obwalden wieder bezahlbarer Wohnraum entsteht.

*Martina Ziegler
Kantonsratskandidatin, Sarnen*

Wohnungsbau: Was braucht Obwalden

1. weniger Vorschriften und Bürokratie im Wohnbau
2. Siedlungen gezielt und wirkungsvoll verdichten
3. Zuwanderung bedarfsgerecht steuern und begrenzen
4. Qualitatives Wachstum fördern, quantitatives Wachstum begrenzen

Leerwohnungsbestand

nach Kanton und Regionen am 1. Juni 2025	Anzahl Wohnungen: Leerstand Ziffer in %
Total	1
Genferseeregion	0.83
Waadt	0.89
Wallis	1.18
Genf	0.34
Espace Mittelland	1.39
Bern	1.12
Freiburg	1.11
Solothurn	2.05
Neuenburg	1.82
Jura	3.03
Nordwestschweiz	1.04
Basel-Stadt	0.92
Basel-Landschaft	0.79
Aargau	1.18
Zürich	0.48
Ostschweiz	1.09
Glarus	0.61
Schaffhausen	0.83
Appenzell A.Rh.	1.12
Appenzell I.Rh.	0.93
St. Gallen	1.37
Graubünden	0.57
Thurgau	1.41
Zentralschweiz	0.65
Luzern	0.78
Uri	0.64
Schwyz	0.52
Obwalden	0.5
Nidwalden	0.68
Zug	0.42
Tessin	1.92

Quelle: © BFS 2025

Von Asyl bis Zuwanderung – was Obwalden bewegt

Asylpolitik und Zuwanderung sind Themen, welche die Schweiz und insbesondere auch die Obwaldner Bevölkerung stark beschäftigen.

Wenn die nationale Politik wichtige und dringende Themen nicht im Griff hat, wirkt sich dies immer auch negativ auf die Kantone aus. Obwalden muss diese «delegierten Missstände» dann mit hohem zusätzlichem Aufwand ausbügeln. Sei es bei der Betreuung oder bei der Sicherheit. Hier leisten die Mitarbeitenden der verschiedenen involvierten Ämter beim Kanton und den Gemeinden gute Arbeit.

Solange das Bundesasylzentrum auf dem Glauenberg besteht, geplant ist dieses bis Ende Juni 2028, müssen die Gemeinden in Obwalden viel weniger Asylsuchende aufnehmen. In der Gesamtbetrachtung ist aber der Aufwand des Kantons Obwalden deutlich höher als die Entschädigung des Bundes. Die Gemeinden haben

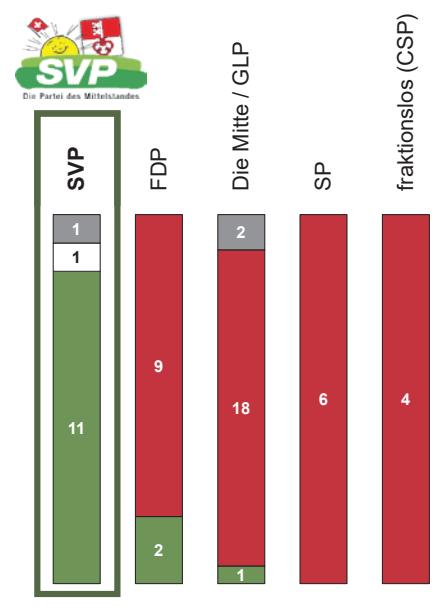
ohnehin keine oder sehr geringe Möglichkeiten, Wohnungen für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen. Günstiger Wohnraum soll weiterhin der Schweizer Bevölkerung zur Verfügung stehen und nicht durch Gemeinden für Asylsuchende belegt werden.

Und hier zeigt sich auch eine weitere Problematik. Jede Zuwanderung von Personen in den Kanton Obwalden erhöht den Druck auf Mietwohnungen und die vorhandene Infrastruktur. Wenn schon Zuwanderung, dann von Personen mit hoher beruflicher Qualifikation und Integrationsbereitschaft, sowie wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Die Bestrebungen von Kanton und Gemeinden, mit Vorschriften den privaten Wohnungsbau zur Erstellung von günstigem Wohnraum zu zwingen, sehe ich als eine gefährliche Entwicklung für die freie Marktwirtschaft.

*Hubert Schumacher
Kantonsratspräsident, Sarnen*

Soll sich Obwalden für **Verschärfungen im Asylbereich** einsetzen?

Resultat: Ablehnung





Liste 2

Für Alpnach in den Kantonsrat

Marcel Schelbert

17. Januar 1992

ledig

Beruf

- Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Aus- & Weiterbildung

- Maurer EFZ · Historiker MA UZH

Politische Ämter

- Kantonsrat seit 2025
- Präsident SVP OW seit 2023
- Sekretär SVP OW 2022–2023
- Präsident Ortspartei Alpnach 2022–2023

Vereine / Verbände

- STV Alpnach · Leichtathletik Alpnach
- Trinklerclub Bärgfrindä · Pro Schweiz
- Historischer Verein OW

Hobbies

- Politik · Geschichte · Sport
- Wandern · Schwyzörörgeli



bisher

Politische Schwerpunkte

- Finanzen
- Staatspolitik

Severin Wallimann

5. Dezember 1997

ledig

Beruf

- Ingenieur

Aus- & Weiterbildung

- MSc Maschineningenieurwissenschaften ETH

Politische Ämter

- Kantonsrat
- Präsident JSVP OW
- Sekretär SVP OW
- Vorstand SVP Alpnach

Vereine / Verbände

- Co-Teamleiter Jugendsamariter Alpnach
- Präsident Club 1937
- JO-Leiter Skiclub Alpnach
- Aktuar Swiss Inline Street Slalom (SISSL)

Hobbies

- Skifahren · Wandern · Modellbau



bisher

Politische Schwerpunkte

- Sicherheit
- Bildung und Gesellschaft
- Finanzen

Jing Vollmar

15. Juli 1980

verheiratet · 3 Kinder

Beruf

- TCM Therapeutin

Aus- & Weiterbildung

- Masterstudium TCM
- M.Sc. (Med.)

Politische Ämter

- Einwohnerrätin Stadt Kriens (SVP)

Vereine / Verbände

- Aero-Club Zentralschweiz
- Fluggruppe Sarnen-Kägiswil

Hobbies

- Golf · Fechten · Motorfliegen
- Kochen · Segeln



Politische Schwerpunkte

- Gesundheit
- Bildung

Rocco Sanapo

26. Mai 1967

verheiratet · 2 Kinder

Beruf

- Unternehmer / Berater

Aus- & Weiterbildung

- eidg. Dipl. KV
- Kaufmann BVS
- Betriebsökonom BVS
- Marketingplaner SAWI

Politische Ämter

- Vorstand SVP Alpnach

Hobbies

- Rennsport
- Wirtschaftsliteratur
- Luftfahrt



Politische Schwerpunkte

- Bildung
- Verkehr

Obwaldner gehen lieber auswärts ins Spital

In den jährlich erhobenen Zahlen des Kantonsspitals Obwalden werden auch die Patientenströme aufgezeigt. Rund 55 % der Obwaldner Bevölkerung lassen sich für stationäre Behandlungen ausserkantonal versorgen. Es ist klar, dass komplexe medizinische Eingriffe nur in grösseren Spitätern ausserhalb des Kantons möglich sind. Doch oft fehlt es auch am Bewusstsein für die finanziellen Konsequenzen unserer Spitalwahl.

Vielen ist nicht klar, dass bei einem Spitalaufenthalt lediglich ein Teil der Kosten direkt über die Krankenkasse abgerechnet wird. Gesetzlich ist festgelegt, dass der Wohnkanton immer 55 % der anrechenbaren Spitalkosten übernimmt. Entscheidet sich eine Patientin oder ein Patient für ein ausserkantonales Spital, trägt sie oder er weiterhin den Eigenanteil von 45 % über die Krankenkasse, während der Kanton Obwalden 55 % aus unseren Steuer-

geldern an das ausserkantonale Spital bezahlen muss.

Gleichzeitig bleibt das Kantonsspital Obwalden auf einer ungenügenden Auslastung sitzen. Die daraus entstehenden Defizite – 2025 12,8 Millionen Franken – müssen wiederum durch die Obwaldner Steuerzahler gedeckt werden. Der Kanton Obwalden wird also gleich doppelt zur Kasse gebeten: Einmal über die Kostenbeteiligungen bei

ausserkantonalen Behandlungen und ein weiteres Mal zur Deckung des Defizits des eigenen Kantons-spitals.

Fragen Sie sich deshalb vor Ihrem nächsten Spitalaufenthalt bewusst, wohin Sie Ihre Steuergelder schicken möchten und wem Sie damit helfen.

*Marcel Schelbert
Kantonsrat, Alpnach*

Politik aus Sicht eines jungen Unternehmers

Als junger Unternehmer und Arbeitgeber in der Zentralschweiz erlebe ich täglich, wie stark politische Entscheidungen unseren Alltag prägen. In meinem Betrieb, im Austausch mit Mitarbeitenden und im persönlichen Umfeld wird mir immer wieder bewusst, wie sehr Familien, Arbeitnehmende und Unternehmen von guten politischen

Rahmenbedingungen abhängen. Zu viele Auflagen und unnötige Vorschriften sowie zu hohe Steuern und Abgaben verhindern vernünftiges Unternehmertum. Dabei ist mir wichtig zu betonen: Es geht nicht um eine grundsätzliche Kritik an Steuern. Sie sind notwendig und ermöglichen vieles, was unser Zusammenleben trägt.

Was mich jedoch zunehmend beschäftigt, ist der Druck auf junge Familien. Steigende Krankenassensprämien, hohe Lebenshaltungskosten und fehlende Entlastungen machen es für viele schwierig, ihre Lebens- und Familienplanung mit Zuversicht anzugehen. Mehrere Kinder zu haben, sollte keine finanzielle Überforderung sein, sondern eine bewusste Entscheidung bleiben. Als Arbeitgeber versuche ich, meinen Teil beizutragen. Mit flexiblen Arbeitszeiten, fairen Löhnen und Verständnis für familiäre Situationen. Doch klar ist: Nicht alles kann auf Ebene der Unternehmen gelöst werden.

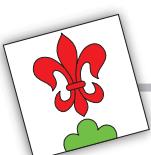
Ich bin überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaften, faire Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Verantwortung die Basis für langfristigen Erfolg sind. Diese Werte

lebe ich im Unternehmen und sie prägen auch meine politische Haltung.

Genau diese Erfahrungen motivieren mich, politisch Verantwortung zu übernehmen. Ich will mich für eine Politik einsetzen, die zuhört, den Dialog sucht und Entscheidungen trifft, die im Alltag spürbar sind. Mir ist wichtig, dass Obwalden ein Kanton bleibt, in dem Familien, Arbeitnehmende und Unternehmen gerne leben, arbeiten und Zukunft gestalten.

Ich würde mich sehr freuen, ein wichtiger Bestandteil dieses Systems zu sein und die Entwicklung unseres Kantons Obwalden positiv mitgestalten zu dürfen.

*Matteo Frenz
Kantonsratskandidat, Alpnach*



Liste 2

Matteo Frenz

1. Dezember 1992
ledig

Beruf

· Mitglied Geschäftsleitung / Verkaufsleiter

Aus- & Weiterbildung

· Lehre Anlagen- und Apparatebauer
· HF Betriebswirtschaft

Vereine / Verbände

· Gleitschirmklub Titlis
· Gleitschirmklub Luzern
· Offiziersgesellschaft Obwalden

Hobbies

· Spazieren mit den Hunden
· Gleitschirmfliegen · Mountainbiken
· Wandern · Wein

Politische Schwerpunkte



- Wirtschaftliche Stärke · Solide Finanzen
- Mittelstandsschutz · Ernährungssicherheit
- Eigenverantwortung
- Schutz der Schweizer Werte & Demokratie

**Freiheit
Sicherheit
Wohlstand
Fir Obwaldä!**

Liste 2



Öffentliche Sicherheit statt unnötige Nebenaufgaben finanzieren

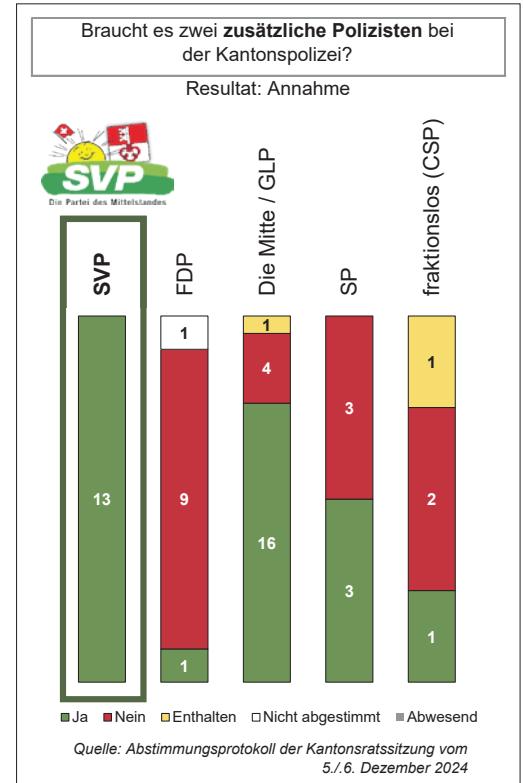
Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Kanton Obwalden, wurde der Bereich Sicherheit in den letzten Jahren vernachlässigt. Die finanziellen Mittel hat man dabei nicht etwa eingespart, sondern sie flossen in den ungehemmten Ausbau des Sozialstaats. Nun braucht es endlich wieder mehr Realitätssinn. Weder die innere noch die äussere Sicherheit sind kostenlos und selbstverständlich zu haben. Umso weniger, wenn man unkontrollierte Grenzen zulässt. Damit ist auch Obwalden nicht mehr von Kriminaltourismus und organisierter Kriminalität gefeit. Mit einer der schweizweit kleinsten Polizeidichten stehen wir diesen Bedrohungen naiv gegenüber. Der Staat vernachlässigt eine seiner Kernaufgaben, aus denen er seine Existenzberechtigung zieht: Die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Die SVP setzt sich auf allen Staatsebenen für die Bekämpfung der Ursachen ein. Härtere Strafen, konsequente Ausschaffungen oder ein strenges Asylsystem würden Abhilfe schaffen. Solange diese Massnahmen jedoch nicht umgesetzt

sind, braucht es mehr Mittel für unsere Sicherheitskräfte, die täglich mit den Auswirkungen einer verfehlten Politik konfrontiert sind.

Die SVP ist die einzige Partei in Obwalden, die klar und konsequent in die Polizei investieren will. Alle anderen stellen sich entweder gegen steigende Ausgaben bei der öffentlichen Sicherheit oder wollen diese nur über zusätzliche Einnahmen finanzieren. Beides geschieht aus einem Grund: Man getraut sich nicht, die ausufernden, wohlstandsbedingten Nebenaufgaben zu reduzieren, die sich auch unser Kanton mittlerweile mit dem Geld der Steuerzahler leistet. Nur mit uns wird dort gespart, wo der Staat überproportional gewachsen ist, damit die finanziellen Mittel wieder in die Erfüllung der Kernaufgaben fliessen!

Severin Wallimann
Kantonsrat, Alpnach



Effizienter Service Public statt hohe Zwangsabgaben

Die SRG verfügt jedes Jahr über ein enormes Budget von ca 1.5 Mia. Schweizer Franken. Die Kosten von CHF 335.00 pro Haushalt und Jahr trifft insbesondere Personen und Familien mit niedrigem Einkommen hart. Dies wird auch durch eine repräsentative Umfrage bestätigt, welche besagt, dass 40% der Schweizer Bürger dieses Jahr sparen wird oder muss. Die SVP ist überzeugt, dass die SRG auch mit niedrigem Budget ein kulturreiches und unterhaltsames Fernsehen und Radio betreiben kann. Die Medienlandschaft hat sich in der Vergangenheit stark verändert. Die Konsumenten sollten selbst entscheiden können, wie sie ihr Geld für Medieninhalte investieren möchten, anstatt über eine obligatorische Gebühr zur SRG gezwungen werden.

Die digitale Medienwelt bietet uns seit langem eine Vielfalt an kulturellen und unterhaltsamen Veranstaltungen national und international

an. Auch lokale Informationsquellen gibt es bereits in Hülle und Fülle. Die SRG hat die UKW-Programme per Ende 2024 eingestellt. Die Empörung im Volk war gross. Der Staatssender wird die UKW-Programme wieder aufschalten, sobald der Bundesrat die Rahmenbedingungen festgelegt hat. Das ist doch das beste Beispiel, dass die SRG die Bedürfnisse der Bürger im Gegensatz zu vielen privaten Medien nicht versteht.

Die SRG muss sich strategisch neu orientieren und sich nach den Bedürfnissen des Schweizer Volks ausrichten. Die Service Public kann mit weniger Geld umgesetzt werden, ohne dabei die Qualität der Inhalte zu reduzieren. Davon bin ich überzeugt. Es geht hier nicht um Sparen, sondern um Effizienz und Optimierung des staatlichen Senders.

Rocco Sanapo
Kantonsratskandidat, Alpnach

Darum am 8. März 2026 Ja zur SRG-Initiative («200 Fr. sind genug!»)

Statt jetzt 335 Fr. nur noch 200 Fr. zahlen!

Die Schweizer Bevölkerung bezahlt heute die höchsten Radio und Fernseh-Gebühren weltweit! Unsere Initiative möchte hier Entlastung schaffen. Die SRG Gebühren müssen der Realität entsprechen und letztlich dem Fakt, dass immer weniger Menschen SRG-Formate konsumieren.

Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!

Gewerbe zahlen heute bis zu 50'000 Fr. pro Jahr für ein Angebot, welches sie gar nicht konsumieren können. Ein Gewerbe kann keine Medien konsumieren, sei es über die Ohren, weder über die Augen. Unsere Initiative möchte diesem Unsinn ein Ende setzen und das Gewerbe so nachhaltig entlasten.

Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!

Netflix, Amazon und co. Junge Personen streamen, was längst bekannt ist. Heute müssen Junge 335.00 Fr. jährlich Gebühren zahlen, für Formate, welche sie kaum bis nie konsumieren, dass ist unfair und unsere Initiative möchte das ändern. 200.00 Fr. sind ein Schritt in Richtung Entlastung.



Nein zum Solarzwang auf Obwaldner Dächern

Mit der Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes steht Obwalden vor einem grundlegenden raumplanerischen Entscheid. Während die Gesetzesrevision insgesamt breit getragen wird, sorgt ein Punkt bei der SVP für heftige Kritik: eine allgemeine Solarpflicht auf Dächern. Dagegen wehren wir uns mittels einer Initiative.

Die Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) wurde mit der Schlussabstimmung im Dezember 2025 verabschiedet. Insgesamt stellt sie ein gelungenes Werk für die raumplanerische Zukunft der Gemeinden und des Kantons Obwalden dar. Sie setzt zudem einen Volksentscheid aus dem Jahr 2015 um, als sich die Stimmbevölkerung für den Verzicht auf die Ausnützungsziffer aussprach.

Kritik entzündet sich jedoch an der verankerten allgemeinen Solarpflicht auf neuen und renovierten Dächern. Die SVP hat sich in der Ausarbeitung des Gesetzes dagegen gewehrt – ohne Erfolg. Um das PBG als Ganzes nicht zu gefährden, bleibt nun nur der Weg über eine

Volksinitiative, um diese Solarpflicht wieder aus dem Gesetz zu streichen.

Eine pauschale Solarpflicht ohne Rücksicht auf technische Machbarkeit und wirtschaftliche Verhältnismässigkeit stellt einen massiven Eingriff in die Eigentumsrechte dar. Die Kosten für eine solche Zwangsinstallation gehen rasch in die Zehntausende Franken. Für viele Familien und Personen mit tieferen Einkommen ist das schlicht nicht tragbar.

Zwar hat das Schweizer Stimmvolk im Juni 2023 das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) angenommen

– im Kanton Obwalden wurde es jedoch mit 56 Prozent abgelehnt. Eine allgemeine Solarpflicht wurde vom nationalen Parlament zudem bewusst nicht eingeführt.

Trotzdem haben der Obwaldner Baudirektor zusammen mit dem Gesamtregierungsrat und dem Kantonsrat – mit Ausnahme der SVP-Kantonsräte sowie einiger weniger aus der FDP – eine solche Pflicht ins kantonale Gesetz aufgenommen.

Und damit nicht genug: Produziert ein Hauseigentümer nicht genügend Eigenstrom mit seiner Solaranlage, droht ihm eine Ersatzabga-

be von bis zu 1500 Franken. Zudem soll der Regierungsrat künftig in eigener Kompetenz bestimmte Heizsysteme verbieten können.

Das geht entschieden zu weit und kann als Missachtung des Volkswillens empfunden werden. Dem hat das Obwaldner Stimmvolk nie zugestimmt.

Obwalden braucht eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Auch erneuerbare Energien wie Strom aus Wasserkraft gehört dazu. Solar- und Windenergie können die Winterstromlücke nie und nimmer schliessen, während im Sommer bereits heute wegen dem Solarstrom Überkapazitäten entstehen.

Solarzwang in Obwalden? Nein Danke!

Freiwillig statt Pflicht.

- ✓ zu teuer für Firmen und Privateigentümer
- ✓ keine Solarpflicht oder Strafabgabe
- ✓ Bundesvorgabe mit Pflicht auf **300 m²** Dachfläche genügt!
- ✓ für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung!

**Ersatzabgabe
bis zu **1500**
Franken/kW**

Jetzt Initiative unterschreiben: keine Solarpflicht und keine Technologieverbote!

Der Obwaldner Regierungsrat befürwortet den EU-Unterwerfungsvertrag!

Die neuen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) gefährden die Unabhängigkeit der Schweiz – sie können deshalb als Unterwerfungsverträge bezeichnet werden. Leider scheint dieser Befund noch nicht beim Obwaldner Regierungsrat angekommen zu sein. Immerhin spricht sich der Regierungsrat für eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr aus. Gleichzeitig befürwortet er jedoch die Annahme des EU-Rahmenabkommens und redet von der Fortführung des bilateralen Weges. Dies ist nicht nur politisch sondern auch juristisch falsch.

Es ist zu betonen, dass das EU-Rahmenabkommen ein Bruch mit der bisherigen Rechtspraxis darstellt. EU-Recht soll in der Schweiz und auch in Obwalden künftig automatisch übernommen werden. Bei der Streitbeilegung hat der Europäische Gerichtshof das letzte Wort. Vernehmlassungen zu den EU-Gesetzen wird es keine geben. Auch die Mitwirkung des Kantons Obwalden am Gesetzgebungsprozess wird somit beseitigt. Sollte das Schweizer Volk dennoch ein Referendum oder eine Initiative gutheissen, wäre die EU frei, Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen – dies ist eine klare Einschränkung des Stimmrechts.

Ein weiteres Problem ist die Regulierungswut der EU, welche hohe Kosten und immer mehr Bürokratie verursacht. Der Obwaldner Regierungsrat bestätigt selbst, dass die EU-Regulierungen in diversen Bereichen zu «deutlich höherem Aufwand» und «einer deutlichen Erhöhung der Komplexität der Gesetzgebung in der Schweiz» führen werden. Auch hat der Regierungsrat eine Liste mit allen Bereichen erstellt, wo er zusätzliche Kosten für Obwalden erwartet. Diese geht von der Migrationsbehörden, über die Sozialhilfe bis hin zum Pflanzenschutz (siehe Kästchen anbei).

Die SVP Obwalden fragt: Wo sind hier noch die Vorteile für Obwalden, für die Schweiz und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft? Es gibt keine – die Nachteile überwiegen klar. Die vorliegenden Verträge müssen zwingend abgelehnt werden, damit die politische Unabhängigkeit der Schweiz gewahrt bleibt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU muss auf bilateralem Weg ausgehandelt werden. Sicher ist: Wer ein freies und unabhängiges Obwalden will, der wählt SVP!

*Marcel Schelbert, Präsident SVP Obwalden
Kantonsrat, Alpnach*

**NEIN zum
EU-Unterwerfungsvertrag!**



Lesen Sie den EU-Unterwerfungsvertrag im Original!

Wann: 26.–28. Februar 2026

Wo: Lindenhof Sarnen

Wer: Nationalrätin Monika Rüegger und die SVP Obwalden

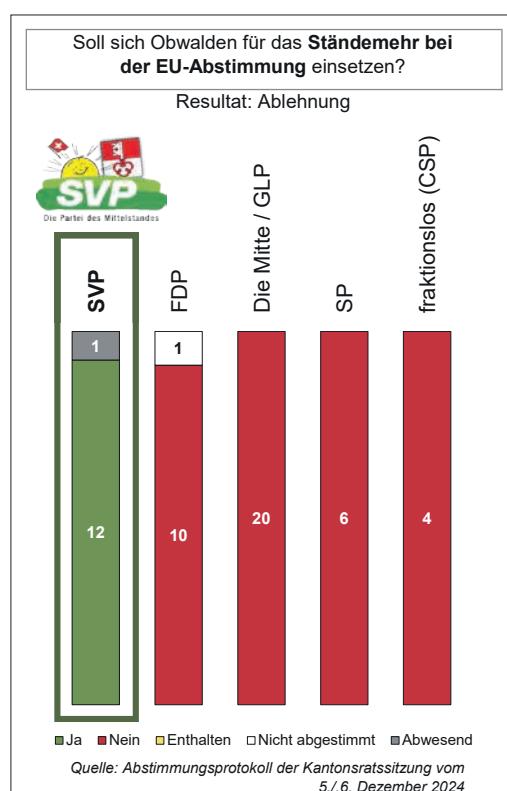
Lesen Sie hier die komplette
Antwort des Regierungsrates auf
die Interpellation Schelbert



Der Regierungsrat bestätigt: Der EU-Unterwerfungsvertrag bringt Mehraufwand und höhere Kosten für den Kanton Obwalden

- EU-Verfahren:** Mehraufwand EU-Rechts- und Streitverfahren. S. 92
- Beihilfen:** Zusätzliche Aufgaben in Luft-, Landverkehrs- und Stromabkommen. S. 199
- Personenfreizügigkeit:** Mehr Koordinationsaufwand mit Migrationsbehörden. S. 371
- Schutzklausel:** Mehraufwand für Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen. S. 372
- Sozialhilfe:** Steigende Sozialhilfekosten, mehr Vollzugsaufwand. S. 372
- Ergänzungsleistungen:** Mehraufwand. S. 373
- RAV:** Mehraufwand, finanziell mit Bundessteuern abgegolten. S. 373
- Binnenmarkt-Informationssystem:** Zusätzlicher Aufwand. S. 374, 376
- Hochschulen:** Mehrkosten, temporär mit Bundessteuern finanziert. S. 375
- Entsendegesetz:** Möglicher zusätzlicher Vollzugsaufwand. S. 376
- Tierschutz:** Zusätzliche Aufgaben beim Vollzug. S. 717
- Lebensmittelrecht:** Mehraufwand bei Kontrolle und Sicherheit. S. 798
- Pflanzengesundheit:** Mehraufwand u.a. bei Pflanzenvermehrung. S. 798
- Tierseuchen:** Zusätzlicher Vollzugsaufwand. S. 813
- Gesundheitsabkommen:** Mehraufwand bei der Umsetzung. S. 843

Quelle: Regierungsrat: Interpellation betreffend Auswirkungen des EU-Rahmenabkommens auf den Kanton Obwalden: Beantwortung, 11. Nov. 2025, S. 3 – 4.





Liste 2

Für Kerns in den Kantonsrat

Daniel Blättler

9. Juni 1977
verheiratet · 2 Kinder

Beruf
· Leiter Stab Gremien · Mitglieder und Sonderprojekte

Aus- & Weiterbildung
· Landwirt EFZ
· Handelschule VSH
· Meisterlandwirt

Politische Ämter
· Kantonsrat seit 2020
· Gemeinderat Kerns 2004 – 2019

Vereine / Verbände
· Handholzer Kerns · Skiclub Kerns

Hobbys

· Bike · Ski alpin · Langlauf
· Wandern · Handholzer Kerns



Politische Schwerpunkte

· Landwirtschaft · Bau · Finanzen · Umwelt

Thomas Michel

5. Februar 1968
verheiratet · 2 Kinder

Beruf · Ausbilder / Fahrlehrer · Referent Scania Schweiz (Freelancer)

Aus- & Weiterbildung
· FA Automech · EFD Bund Ausbildung Grenzwächter
· Handelsdiplom VHS
· Fahrlehrer Kat CDE (LKW mit Anhänger & Car)
· FA SVEB Erwachsenenbildner

Politische Ämter
· Kantonsrat Obwalden seit 2019

Vereine / Verbände
· SVP Obwalden

Hobbys

· Genealogie (Ahnenforschung)
· Garten Fruchtpflanzen
· Land und Kultur Lateinamerika



Politische Schwerpunkte

· Digitalisierung · Klimakonzept · Finanzen
· Digitalisierung vernünftig bezahlbar
· Migration mit Augenmaß · Sicherheit im Kanton OW mit konsequenter Umsetzung

Monika Hausammann

13. März 1974
ledig · keine

Beruf
· Schriftstellerin / Autorin

Aus- & Weiterbildung
· Lehrgang Printjournalismus (MAZ)
· Lehrgang Marketingplaner (SMI Bern)
· Äquivalent: Matura + 3 Jahre
· Bachelor BWL (in Frankreich)
· KV / BMS – 2 Jahre / kein Abschluss

Hobbys

· Beruf ist auch Hobby
· Glaube
· Familie
· Natur



Politische Schwerpunkte

· Eine Stimme für zentrale Schweizer Werte
· Eigentum
· Recht
· Freiheit

Marianne Nufer

14. November 1967
verheiratet · 2 Kinder

Beruf · Unternehmerin

Aus- & Weiterbildung
· dipl. Steuerexpertin
· LL.M. Internationales Steuerrecht
· EMBA digitales und innovatives Management

Politische Ämter

· Vorstand SVP Kerns
· GRPK Kerns · GRPK RSD
· Kirchgemeinderat Kerns
· Stiftungsrat Academia Engelberg

Vereine / Verbände

· Samariterverein · HEV Obwalden

Hobbys

· Reisen · Wandern · Familie



Politische Schwerpunkte

· Steuern
· Finanzen
· Strategien

Stoppt den Obwaldner Ausgaben-Wahnsinn: Volkswille statt Behördenwillkür!

Unsere Kantonsfinanzen sind in Schieflage. Während Sie, geschätzte Obwaldnerinnen und Obwaldner, zu Hause jeden Franken zweimal umdrehen müssen, herrscht in Sarnen eine gefährliche Ausgabenmentalität. Die Quittung folgt bald: Steuererhöhungen auf Kantons- und Gemeindeebene drohen. Doch das muss nicht sein!

Die aktuelle Regierungs- und die Ratsmehrheit politisieren am Volk vorbei. Erinnern wir uns: Obwalden sagte deutlich **Nein zur E-ID** und zum **Klimaschutzgesetz**. Die Antwort der Obrigkeit? Man ignoriert das Signal. Bei der Digitalisierung werden Millionen verpulvert – etwa durch den doppelten Kauf von Schulbüchern (digital und Papier), was massive Mehrkosten verursacht. Sparanträge der SVP? Abgelehnt. Gleichzeitig schafft man das gedruckte Amtsblatt ab, ohne Alternativen in Zusammenarbeit mit privaten zu prüfen. Ideologie siegt hier über den gesunden Menschenverstand.

Besonders absurd wird es beim neuen Baugesetz. Obwohl Obwalden das nationale Klimagesetz ablehnte, prescht die Regierung mit CO₂-Vorgaben vor, die schärfer sind als vom Bund verlangt. Dabei wird bei der Vorgabe der Eigenproduktion faktisch nur Solarstrom ange rechnet. Holzheizungen, Erdsonden oder Solarthermie – in unserem Waldkanton eigentlich logisch – zählen nicht mehr! In Gebieten wie dem **Engelberger Eienwäldli**, wo drei Monate lang keine Sonne scheint und Dächer schneebedeckt sind, ist diese Solar-Pflicht blander Hohn. Wer die Vorgaben nicht erfüllt, soll sich «herauskaufen» – eine neue verdeckte Steuer für Wohneigentümer.

Auch beim Integrationsprogramm **KIP3** zeigt sich eine besondere Behördenmentalität: Ziele wurden als erreicht deklariert, obwohl sie verfehlt wurden. Trotz dieser geschönten Berichte bewilligte die Mehrheit an der Kantonsratssitzung vom 30. Juni 2023 – gegen die SVP – saftige Budgeterhöhungen.

Es reicht! Nur mit konsequenteren SVP-Vertretern in der Regierung, Kantonsrat und Gemeindeebene stoppen wir diese kostspielige Politik am Volk vorbei und verhindern Steuererhöhungen. Wir brauchen

echtes Sparen statt Behörden-Luxus. Wählen Sie SVP für ein zahlbares Obwalden!

Thomas Michel
Kantonsrat, Kerns

Frauenschutz ist Grenzschutz

Es ist blander Hohn, wenn dieselben Leute immer weitere von der arbeitenden Bevölkerung erwirtschafteten Steuermillionen zum Schutz von Mädchen und Frauen gegen zunehmende Gewalt fordern, die diese Gewalt durch masslose Einwanderung ins Land holen. Wer die Frauen wirklich schützen will, schützt die Grenzen – auch und gerade vor Politikern, die sie am liebsten abschaffen würden.

Die polizeilich registrierte Zahl von Vergewaltigungen, häuslicher Gewalt und schwerer Körperverletzung ist in den vergangenen Jahren massiv angestiegen. Die Dunkelziffer darf als riesig angenommen werden. Mit 27 Frauenmorden stellt das Jahr 2025 ausserdem einen traurigen Rekord auf. Dass die Opfer zum grössten Teil Frauen und Mädchen sind, liegt auf der Hand. Und dass nicht Schweizer Männer quasi über Nacht um ein Vielfaches gewalttägiger geworden sind, als sie es vor 10 Jahren waren, ebenso: Ausländische Täter sind in sämtlichen Bereichen massiv über vertreten.

Dies festzustellen ist nicht Fremdenfeindlichkeit. Zahlen und Fakten müssen offengelegt werden. Jene, die jeden als rechtsextrem verunglimpfen, der es wagt, die Dinge beim Namen zu nennen, müssen sich eine ganz andere Frage stellen lassen: Warum, in Anbetracht solcher Zahlen, reden sie weiter der Masseneinwanderung das Wort? Weshalb gefährden sie Mädchen und Frauen bewusst und geben sie in immer höherem Mass der Gewalt und im Extremfall dem Tod preis? Ist nicht das die wahre Frauenfeindlichkeit?

Monika Hausammann
Kantonsratskandidatin, Kerns



Liste 2

Hans Schwegler

1. Juni 1958
verheiratet · 2 Kinder

Beruf · Rentner

Aus- & Weiterbildung

- Elektromonteur
- div. Verkaufsseminare

Politische Ämter

- 15 Jahre Einwohnerrat Emmen

Vereine/Verbände

- MTV Kerns
- Mittwochswanderer Kerns
- Familiengartenverein Sarnen
- SVP Kerns
- Club 200 FC Kerns

Hobbys

- Campen · Garten · Skifahren

Politische Schwerpunkte



· Engagement für ältere Semester

**Freiheit
Sicherheit
Wohlstand
Fir Obwaldä!**

Liste 2



Die Partei des Mittelstandes

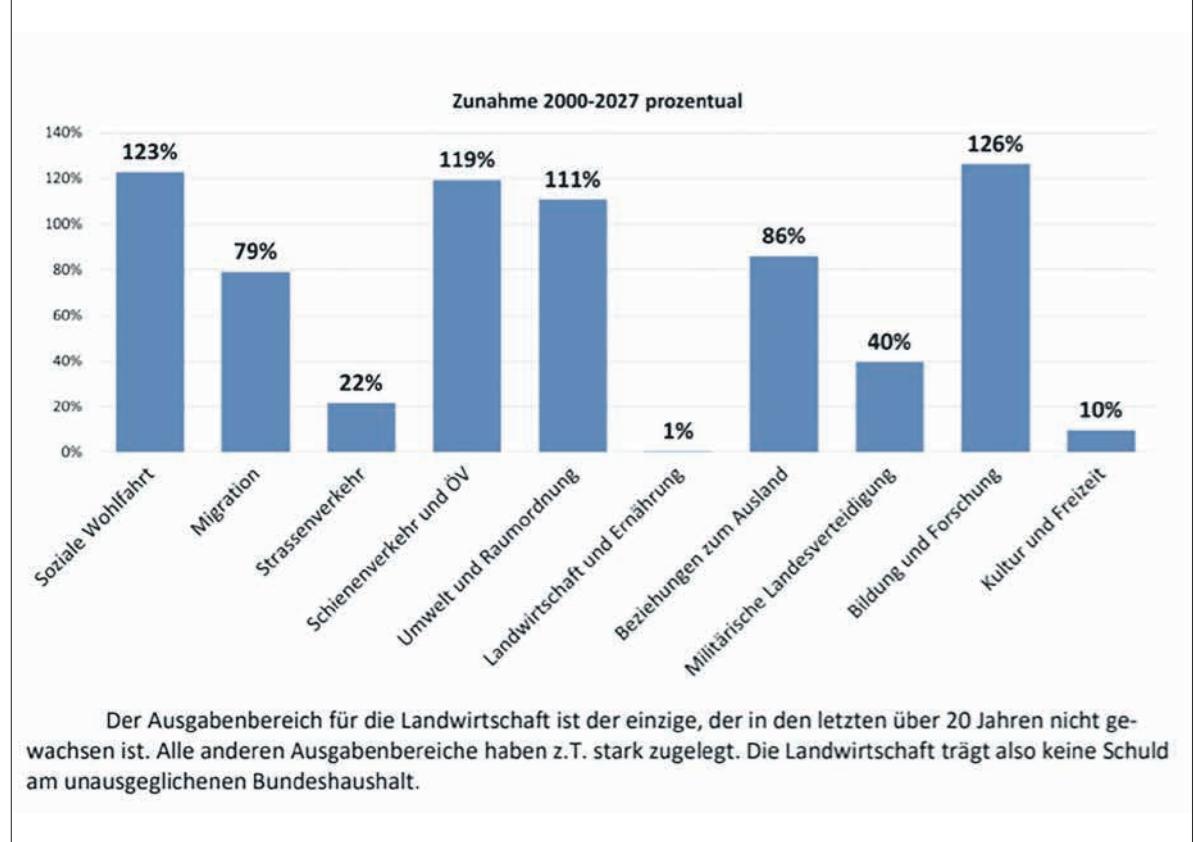
Die Obwaldner Landwirtschaft will produzieren – nicht nur pflegen

Die Landwirtschaft im Kanton Obwalden steht unter starkem wirtschaftlichem Druck. Hohe Produktionskosten, tiefe Produzentenpreise und politische Fehlanreize gefährden die inländische Lebensmittelproduktion. Gefordert ist eine Agrarpolitik, die Wertschöpfung und Versorgungssicherheit wieder ins Zentrum stellt.

Die Obwaldner Landwirtschaft ist kleinstrukturiert und vielfach auf ein Einkommen aus dem Nebenerwerb angewiesen. Nationale Zahlen zeigen, dass Milchwirtschaftsbetriebe im Schnitt rund 17 Franken pro Stunde verdienen – bei einer Sieben-Tage-, mindestens 60-Stunden-Woche. Diese Realität gilt auch für Obwalden. Selbst effizient wirtschaftende Betriebe leiden unter hohen Produktionskosten, bedingt durch die Topografie und das generell hohe Kostenumfeld in der Schweiz.

Gleichzeitig sind Lebensmittel im Verhältnis zur Kaufkraft so günstig wie kaum sonst in Europa. Heute geben Haushalte nur noch rund 6,2 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Der Preisdruck wird damit direkt auf die Produzenten abgewälzt.

Der Bund bereitet derzeit die Agrarpolitik 2030 vor, die ab 2027 im Parlament beraten wird. Die Landwirtschaft will den eingeschlagenen Weg von weniger Produktion und mehr Beiträgen korrigieren, rund zwei Milliarden Franken zu-



sätzliche Wertschöpfung erzielen und den Netto-Selbstversorgungsgrad von rund 46 Prozent wieder erhöhen. Während sich der Bundeshaushalt seit 2000 nahezu ver-

doppelt hat, blieb das Agrarbudget mit rund 3,6 Milliarden Franken stabil. Die SVP fordert deshalb eine Agrarpolitik, die die Lebensmittelproduktion stärkt, kostendecken-

de Preise ermöglicht und die Bauernfamilien ins Zentrum stellt.

Daniel Blättler, Kantonsrat Kerns

Verkehrspolitik in Obwalden

Mit dem Tunnel Kaiserstuhl erhält Obwalden von Lungern Süd bis an den Lopper eine komplett parallel zur Kantsstrasse geführte Nationalstrasse. Jedes Dorf auf der Hauptachse im Sarneraatal kann so umfahren werden und wird massiv vom Durchgangsverkehr entlastet. Die Brünigpassstrasse befahren täglich 8'000 bis 10'000 Fahrzeuge, die dank den Umfahrungen nicht durch die Dorfzentren verkehren. Die Ortsdurchfahrten werden somit faktisch nur von den Bewohnern, dem Tourismus sowie dem lokalen Gewerbe genutzt. Diese Strassen werden als sogenannte verkehrsorientierte Strassen betitelt und verteilen den Verkehr von der Nationalstrasse in die ansässige Industrie oder die Quartiere. Dort wo Industrie und Gewerbe gewachsen sind, muss längerfristig die Anschlussmöglichkeit an

die A8 realisiert werden. So wie es in Alpnach nun umgesetzt werden kann. Auch ein Halbanschluss in Kägiswil soll geplant werden. Der Kantonsrat genehmigte an seiner Sitzung im 2025 einen Planungskredit.

Damit die Ortsdurchfahrten ihre verkehrsorientierte Funktion wahrnehmen können, muss generell Tempo 50 gelten. Eine Geschwindigkeitsreduktion kann gezielt in Quartieren Sinn machen, um die Sicherheit und Wohnqualität zu erhöhen. Auf den Hauptstrassen, muss jedoch der Verkehr rollen können!

Damian Hüppi
Kantonsrat, Lungern



Siedlungsverträgliche Ortsdurchfahrt Lungern

Mit dem Projekt der siedlungsverträglichen Ortsdurchfahrt ist in Lungern nicht nur eine 30er-Strecke entlang der Hauptstrasse durchs Dorf geplant, sondern auch der Ausbau der Veloinfrastruktur vorgesehen und bereits in Planung. Grundsätzlich ist das Angebot für den Velo-Alltagsverkehr gedacht, sprich für die Nutzung des Fahrrads für alltägliche Wege zum Einkaufen sowie für den Arbeits- oder Schulweg. Von der Kirche bis zum Eibach ist eine Kernfahrbahn angedacht. Anschliessend soll vom Eibach bis an den Tschorren ein Veloweg seeseitig parallel zur Kantonsstrasse erstellt werden. Heute haben Velofahrer bereits die Möglichkeit zur Nutzung des Trottoirs bis nach Kaiserstuhl. Die Sicherheit muss bei einem solchen Projekt im Fokus stehen. Jedoch stellt sich die Frage, wie sicher es sein wird, wenn Schulkinder im Bereich «Jfang» die Strasse mit dem Velo überqueren

und anschliessend beim Alten Kirchturm via Fussgängerstreifen retour zu Fuss müssen, um anschliessend in die Breitenstrasse zu gelangen. Die baulichen Massnahmen für die Umsetzung auf diesem Streckenabschnitt sind enorm. Im Hinblick auf die Kantonsfinanzen ist ein solches Projekt nicht verhältnismässig und zu teuer. Weiter sollen auch die versiegelten Flächen kleingehalten werden. Somit wäre eine Kernfahrbahn bis zum Bereich «Stapfre» eine effiziente, sichere und kostensparende Lösung. Stattdessen wird leider allzu oft grosszügig mit viel Asphalt und vermeintlich kreativen Lösungen geplant, ohne auf die Bedürfnisse der Bevölkerung vor Ort einzugehen und in vernünftigen Dimensionen zu denken!

Damian Hüppi
Kantonsrat, Lungern

Gemeindeautonomie unter Druck

Die Gemeinden stehen heute vor grossen Herausforderungen. Besonders im baulichen Sektor sind die Auswirkungen zahlreicher Vorgaben von Kanton und Bund deutlich spürbar. Neue Bauvorschriften, energetische Auflagen und komplexe Bewilligungsverfahren schränken die Handlungsspielräume der Gemeinden zunehmend ein. Die Umsetzung dieser Vorgaben ist oft mit hohen Kosten und erheblichem administrativem Aufwand verbunden – für kleinere Gemeinden wie Lungern ist dies eine grosse Belastung. Gleichzeitig wird von den Gemeinden erwartet, dass sie Sparmassnahmen umsetzen und ihre Finanzen im Griff behalten. Dies steht jedoch häufig im Widerspruch zu den wachsenden Anforderungen und Regulierungen, die von übergeordneten Instanzen beschlossen werden. Die Eigenständigkeit der Gemeinden wird dadurch eingeschränkt, was die effiziente Erfüllung lokaler Aufgaben erschwert. Ein weiteres Problem zeigt sich in

der Personalpolitik des Kantons: In den letzten Jahren ist die Zahl der Mitarbeitenden beim Kanton gestiegen, was der geforderten Sparpolitik widerspricht. Im Baudepartement gab es zudem wiederholt Kündigungen, was zu längeren Bearbeitungszeiten bei Bauprojekten führt. Neben einer gesunden Sparpolitik muss auch eine funktionierende Verwaltung sichergestellt werden, damit Verzögerungen und zusätzliche Hürden für die Bevölkerung vermieden werden. Durch zunehmende Regulierungen und Vorgaben von Kanton und Bund sind die Gemeinden in ihrer Autonomie und Effizienz eingeschränkt. Die SVP fordert daher eine Stärkung der Gemeindeautonomie, weniger Bürokratie und eine bessere Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse, um die anstehenden und notwendigen Herausforderungen zu bewältigen.

Michael Schäli
Gemeinderat und Kantonsratskandidat, Lungern



Liste 2

Für Lungern in den Kantonsrat

Damian Hüppi

4. März 1996
verheiratet · 2 Kinder

Beruf
· Chauffeur
Aus- & Weiterbildung
· Maurer EFZ
· Seilbahnmechatroniker EFZ
Politische Ämter
· Kantonsrat · Co-Präsident SVP Lungern
Vereine/Verbände
· Jodlerklub Bärgsee
· Älplerbruderschaft
· les routiers suisse
Hobbys
· Landwirtschaft · Familie
· Feuerwehr · Jodlerklub



bisher

Politische Schwerpunkte

- Raumplanung
- Verkehrspolitik
- Familienpolitik

Michael Schäli

5. Oktober 1987
Konkubinat · 2 Kinder

Beruf
· Serviceleiter Aufzüge
Aus- & Weiterbildung
· Logistiker EFZ
· Techn. Kaufmann eidg. FA
· Dipl. Betriebswirtschafter HF
Politische Ämter
· Gemeinderat Lungern seit 2024
· Co-Präsident SVP Lungern
Vereine / Verbände
· Zeitgut OW (Nachbarschaftshilfe)
· Vorstand VaKi-Turnen Lungern
Hobbys
· Sport · Fussball · Natur · Reisen



Politische Schwerpunkte

- Wirtschaft
- Sicherheit

Alles gut im Bildungswesen?

Mit dem Abstimmungsresultat von knapp 43 % Nein-Stimmen zum Nachtrag des Bildungsgesetzes hat am 30. November 2025 doch fast die Hälfte die Obwaldner Bevölkerung ausgedrückt, dass sie mit den Entwicklungen in den Volksschulen nicht glücklich sind. Die nationalen Rankings der Kantone zu diesem Thema zeigen auf, das Obwalden im letzten Drittel zu finden ist.

In einer Umfrage durch den Obwaldner Gewerbeverband im Herbst 2025 äusserten sich Unternehmer wie folgt zur Bildung in Obwalden:

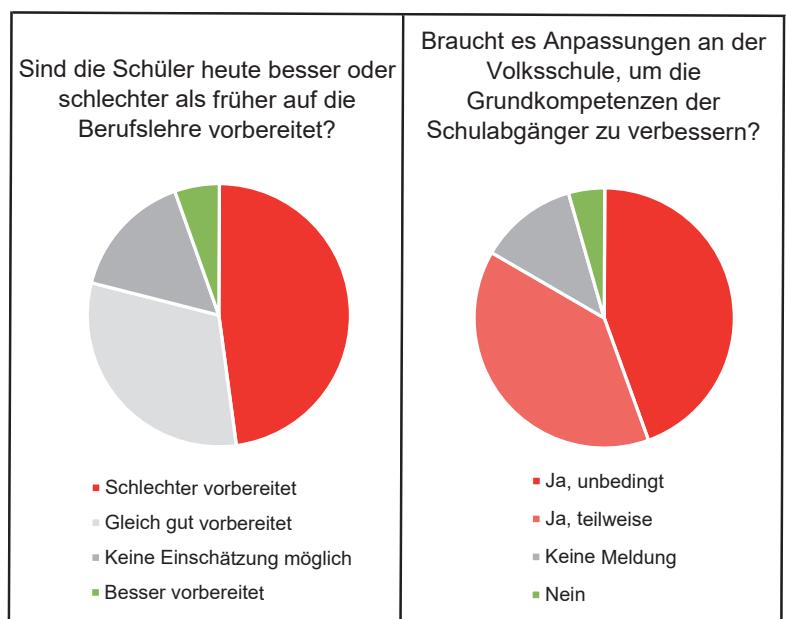
- Mangel an Basisfertigkeiten wie Deutsch, Lesen, Textverständnis und Mathematik bei Schulabgängern.
- Fehlende persönliche Kompetenzen wie Eigenverantwortung, Durchhaltevermögen, Selbstorganisation und Disziplin.
- Frühere und realitätsnahe Berufsorientierung sowie gesellschaftliche Aufwertung der Berufslehre werden gefordert.
- Schulen sollen Kernkompetenzen und klare Strukturen stärken sowie praxisnah ausbilden.

Der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) und der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) bestätigen ähnliche Erfahrungen auf nationaler Ebene.

Wir bleiben dran, um unseren Nachwuchs fit für die Berufswelt zu machen.

*Dr. Peter Wild
Kantonsrat, Engelberg
Schulrat, Lehrbeauftragter ETH, Bildungskommission Kt. Obwalden,
Bildungskommission sgv/SAV*

Resultate der Herbstumfrage 2025 des Gewerbeverbandes Obwalden



Für Engelberg in den Kantonsrat

Liste 2

Peter Wild

5. November 1967
verheiratet · 2 Kinder

Beruf
 - Linienpilot und Fluglehrer SWISS
 - Lehrbeauftragter ETHZ Luftfahrt & Nachhaltigkeit
 - Unternehmer

Aus- & Weiterbildung
 - MBA (IMD) · Dr. oec.

Politische Ämter
 - Kantonsrat seit 2022 · Schulrat Engelberg seit 2020

Vereine / Verbände

- AeroSuisse
- Gewerbeverband Engelberg & Obwalden
- verschiedene Alumnis · Sgv, · SAV
- IG Flughafen Zürich Schweiz. Vereinigung für Flugwissenschaften
- AeroClub Schweiz · Rotary

Hobbys

- Langlauf · Wandern · Berglauf
- Gletscherfliegen

Politische Schwerpunkte



bisher

Kari Feierabend

30. Dezember 1961
getrennt lebend

Beruf
 - Ausbildungscoach / Prüfungsexperte

Aus- & Weiterbildung
 - Forstwirt
 - eidg. FA Baumaschinenführer
 - eidg. FA Sprengmeister
 - Betriebsleiter

Politische Ämter

- Kantonsrat
- Präsident Ortspartei Engelberg

Vereine / Verbände

- Delegierter Sprengverband Schweiz
- Ausbildungscoach / Prüfungsexperte
- Sprengverband Schweiz

Hobbys

- Handwerken · Modellbau
- Fotografieren · Reisen

Politische Schwerpunkte



bisher

Politische Schwerpunkte

- Raumplanung · Hochbau / Tiefbau
- Forstwirtschaft · Tourismus · Abbau / Deponie

Tourismus stärkt Obwalden

Der Tourismus ist in Obwalden – mit 563'599 Logiernächten im Jahr 2024 – weit mehr als ein Freizeitan-gebot: Er schafft Wertschöpfung, sichert Arbeitsplätze und ist für das Sarneraatal und Engelberg ein entscheidender Standortfaktor – besonders mit Blick auf stabile Ganz-jahresstellen.

Im Sarneraatal zeigt sich die Bedeutung des Tourismus deutlich in den aktuellen Zahlen: Die Hotelle-rie verzeichnete 2024 insgesamt 235'093 Logiernächte, ein Plus von 7,3 Prozent gegenüber dem Vor-

jahr. Zwar liegt die Region damit noch unter dem Niveau von 2019, doch die Entwicklung zeigt klar nach oben. Auch Camping gewinnt an Gewicht und trägt zur saisona- len Stabilisierung bei.

Engelberg bleibt gleichzeitig das international stärkste Aushänge-schild Obwaldens. 2024 wurden dort 328'506 Logiernächte gezählt – 42 % aller Gästen sind aus der Schweiz, 58 % aus dem Ausland. Für die lokale Wirtschaft sind diese Übernachtungen zentral: Hotels, Gastronomie, Bergbahnen, Sport-anbieter und der Detailhandel pro-

fittieren direkt. Besonders wichtig ist dabei der Effekt auf die Wert-schöpfung: In Obwalden macht der Tourismus einen ausserordent-lich hohen Anteil der Wirtschafts-leistung aus. Entscheidend für die Zukunft bleibt deshalb der Ausbau von Angeboten, die auch ausser-

halb der Hochsaison Nachfrage schaffen – denn nur so entstehen mehr Ganzjahresarbeitsplätze und langfristige Perspektiven für die Region.

*Kari Feierabend
Kantonsrat, Engelberg*

Schiesswesen: Tradi-tion und Spitzensport

Das Schiessen hat in Obwalden eine lange Tradition; wo am Ende des 17. Jahrhunderts deren erste gegründet wurden, bestehen zum heutigen Tag noch 17 Schützenver-eine, welche der im Jahr 2027 175-jährigen kantonalen Schützen-gesellschaft Obwalden (KSG OW) angehören.

Diese Vereine stehen nicht nur für die verschiedenen Gemeinden, sondern auch für verschiedene Schiessarten: Gewehr, Pistole, Re-volver, Gross- und Kleinkaliber oder auch Luft.

Vom Jungschiessen bis zum Ehren-veteran verbindet die Leidenschaft für den Schiesssport generationen-übergreifend viele Obwaldnerin-nen und Obwaldner.

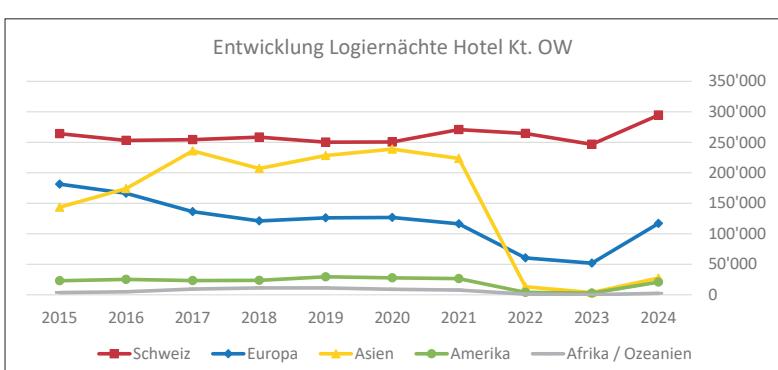
Mit dem 2002 eröffneten Kom-petenzzentrum Schiessen Brünig In-door verfügt die Region über eine in der ganzen Schweiz einzigartige Anlage, bei der sich vom Amateur bis zum Weltmeister die Türklinke in die Hand geben.

Obwaldner glänzen seit Jahren durch Teilnahme an regionalen, nationalen und internationalen Wettkämpfen, bei denen Sie auch ganz vorne dabei sind und mehr-fach Weltmeister-Titel nach Hause brachten.

Die beiden Obwaldner Rütti-Schüt-zengesellschaften Engelberg und Anderhalden sind in diesem Jahr wieder für die Durchführung des traditionsreichen Gewehr-Rüt-lischiesse – wohlgemerkt in des-sen 163. Ausgabe – zuständig.

Bei verschiedenen öffentlichen An-lässen wie Volksschiessen oder das alljährliche Eidgenössische Feld-schiessen, ergibt sich die Gelegen-heit, sich in dieser interessanten Sportart einen Einblick zu verschaf-fen und die Kameradschaft unter den Schützen zu erleben. Nicht zu-letzt ist auch dieser Aspekt für mich ein motivierender Faktor des Schiesswesens.

*Huber Rawyler
Kantonsratskandidat, Engelberg*



Liste 2

Hubert Rawyler

18. April 1960
geschieden · 3 Kinder

Beruf

· Geschäftsführer

Aus- & Weiterbildung

· Feinmechaniker
· El. Ing. HTL
· MBA University of Michigan USA
· Administration

Vereine / Verbände

· Schützenveteranen OW (Schützenmeister 300 m)
· Rüttischiessengesellschaft Engelberg (Fähnrich)
· Schützengesellschaft Engelberg
· Pistolenclub Engelberg
· Golf Club Engelberg
· Rouhocks MB
· PROTELL
· Pro Schweiz

Hobbies

· Schiessen · Golf · Motorrad · Wandern



Politische Schwerpunkte

- Unabhängigkeit
- Neutralität
- sparsamer Umgang mit Steuergeldern



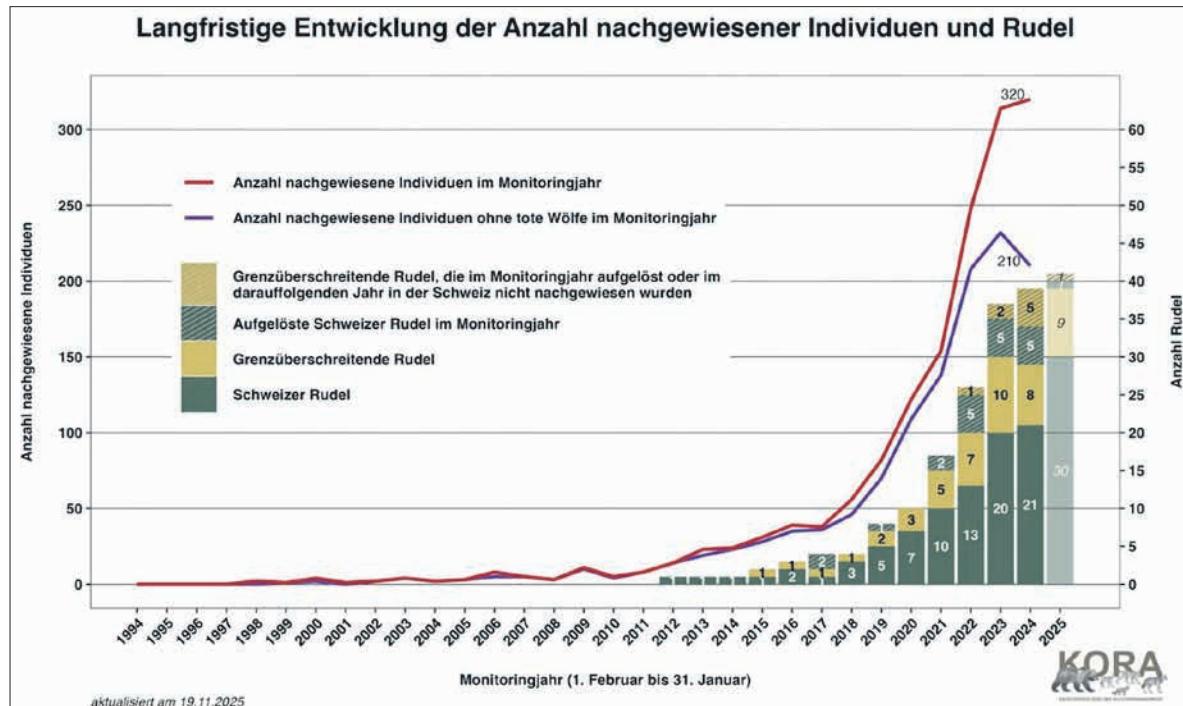
Regulation des Wolfs zum Schutz von Lebensräumen und Artenvielfalt

Trotz Regulierungsmöglichkeiten gibt es immer mehr Wölfe in der Schweiz. Die Wolfspopulation nimmt seit 10 Jahren exponentiell zu. Aktuell sind in der Schweiz 41 Rudel nachgewiesen. In immer mehr Regionen gibt es Angriffe auf

Nutztiere, was die Tierhaltenden unter grossen Druck setzt. Der Herdenenschutz ist aufwändig, teuer und nicht immer erfolgreich. Eine Überwachung rund um die Uhr ist weder mach- noch bezahlbar. Dazu kommt das grosse Tierleid

bei den gerissenen Tieren. Nutztiere haben ein Recht auf Schutz vor Grossraubtieren. Gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz (NHG) und Jagdgesetz (JSG) sind etliche Arten inkl. ihrer Lebensräume geschützt. Die Anwe-

senheit von Wölfen kann diese direkt oder indirekt beeinträchtigen, durch Verlust von Lebensräumen oder Abnahme der Lebensraumqualität, durch direkte Prädation oder Beunruhigung, oder durch Herdenenschutzmassnahmen. Bei Naturschutzprojekten ist es üblich, Prioritäten betreffend Arten mit unterschiedlichen Lebensrauman sprüchen zu treffen.



Vor kurzem wurde bekannt, dass wir auch in Obwalden ein Wolfsrudel kennen. Hier gilt es nun die Frage zu beantworten: Wollen wir den Wolf akzeptieren und den Landwirten noch mehr Arbeit mit Herdenenschutzzäunen in sehr unwegsamen Gelände zumuten oder soll der Wolf aus dem Kanton Obwalden verbannt werden? Die Landwirtschaft trägt in zahlreichen Gebieten mit der Land- und Alpwirtschaft zu qualitativ guten Trockenstandorten für Fauna und Flora bei.

Peter Abächerli
Kantonsrat, Giswil



Liste 2

Für Giswil in den Kantonsrat

Peter Abächerli

22. November 1974
verheiratet · 2 Kinder

Beruf · Landwirt
Aus- & Weiterbildung
· Landwirt EFZ · Meisterlandwirt HFP

Politische Ämter
· Kantonsrat seit 2018
· Gemeinderat Giswil seit 2024
· Korporationsrat 2002 – 2018
· Feuerwehrkommandant Giswil bis 2022

Vereine / Verbände
· Präsident Bauernverband OW
· Landwirtschaftskammer CH
· Arnikraftwerk

Hobbys
· Natur · Kochen



Kurt Wolf

21. März 1976
verheiratet · 2 Kinder

Beruf
· Schiffsführer und Mitarbeiter Kieswerk
· Arbeitnehmervertreter Holcim

Aus- & Weiterbildung
· Zimmermann
· Schiffsprüfung Güterschiffe

Vereine / Verbände
· Schwingersektion Giswil
· Jodlerklub Giswil
· Freundschafts-Skiklub Grossteil
· Giswilerstock-Trinkler

Hobbys
· Schwingen · Jodlerklub · Skitouren
· Skifahren · Wandern mit Hund · Biken



Politische Schwerpunkte

- Landwirtschaft
- Sicherheit
- Hochwasserschutz

Politische Schwerpunkte

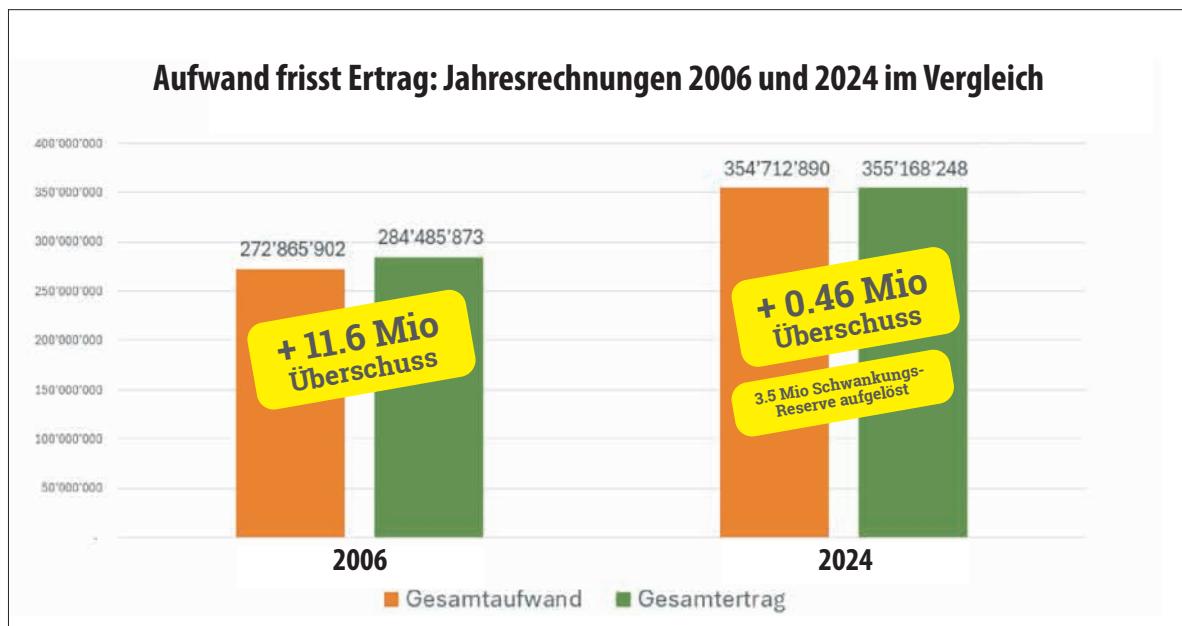
- Erhaltung Landschaft und dringende Bauten darin optimal integrieren · Familienpolitik
- Sicherheit · Bräuche und Traditionen bewahren

Die Obwaldner Finanzen geraten aus dem Gleichgewicht

Die finanzielle Lage des Kantons Obwalden ist angespannt. Politische Entscheide der vergangenen Jahre zeigen zunehmend ihre finanziellen Folgen. Wiederkehrende Spardebatten im Parlament verdeutlichen: Der finanzielle Handlungsspielraum wird enger, Prioritäten sind unumgänglich.

In den vergangenen Jahren hat das Parlament mehrfach Beschlüsse gefasst, deren Kostenfolgen erst später sichtbar wurden. Grosszügige Entscheide in einzelnen Ratsdebatten führen heute zu schwierigen Budgetberatungen, in denen regelmäßig um einen ausgeglichenen Staatshaushalt gerungen wird.

Die aktuelle Lage verlangt eine klare Unterscheidung zwischen notwendigem und wünschbarem staatlichem Handeln. Die Ausgaben sind konsequent zu begrenzen – so-



wohl bei Steuern als auch bei Gebühren. Zusätzliche Belastungen für Bevölkerung und Wirtschaft sind kritisch zu prüfen.

Gleichzeitig wachsen die Aufgaben von Bund und Kantonen stetig. Neue Zuständigkeiten bringen

zusätzlichen Personalbedarf und höhere Kosten mit sich. Umso wichtiger sind pragmatische, kantonale Lösungen, die effizient umsetzbar und finanziell tragbar sind. Für Obwalden bedeutet dies Augenmass bei neuen Projekten, realistische finanzielle Einschätzun-

gen und Zurückhaltung bei Steuer- und Gebührenerhöhungen. Für diese Grundsätze setzt sich die SVP seit Jahren verlässlich und konsequent ein.

SVP Obwalden



Liste 2

Remo Abächerli

9. April 1968
geschieden · 2 Kinder

Beruf

- Beratender Ing. HTL

Aus- & Weiterbildung

- Militär Oberst a.D. (Miliz)
- Dipl. HLK-Ing. HTL

Politische Ämter

- Erster Präsident SVP Giswil
- Wahlkampfleiter

Vereine/Verbände

- Swissoil

Hobbys

- Meine Kinder · Bergheimet
- Töff- und Skifahren

Politische Schwerpunkte



- Energie
- Sicherheit
- Verkehr
- Bau



GISWIL



Für eine realistische Energiepolitik in Obwalden

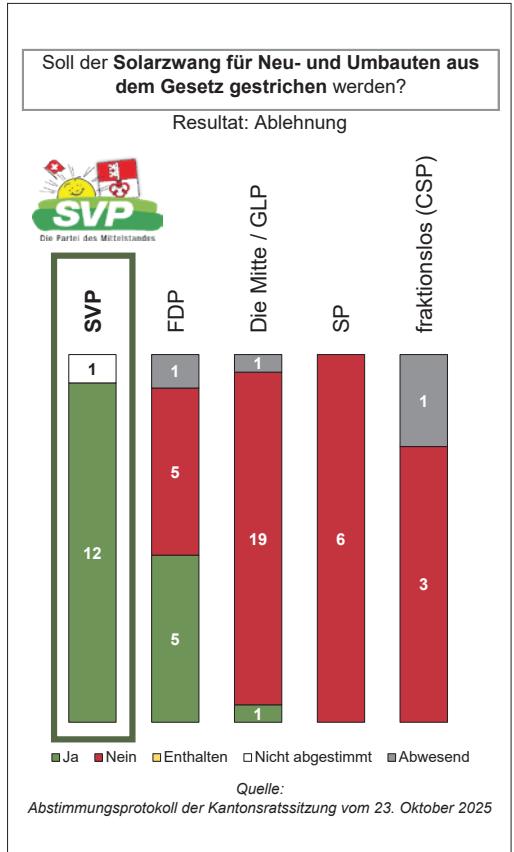
Die aktuell geltende Solarpflicht bei Neubauten und grösseren Umbauten, im Kanton Obwalden, geht am eigentlichen Energieproblem vorbei. Sie führt zu noch mehr Stromproduktion im Sommer, obwohl das Stromnetz dann teilweise überlastet ist.

Der überschüssige Strom muss zu Tiefstpreisen verkauft oder grössere Anlagen sogar abgeschaltet werden. Besonders widersprüchlich ist, dass Anlagenbesitzer fürs Abschalten teils mit Faktor 1,3 höher entschädigt werden als fürs Produzieren. Der Kanton subventioniert also zuerst den Bau von Photovoltaikanlagen und bezahlt anschliessend nochmals dafür, dass sie stillstehen. Statt aber Fehlentscheide zuzugeben, entschädigt man den Schaden mit Geldzahlungen, um einerseits das Gesicht nicht zu verlieren und anderseits den Getäuschten ruhig zu halten...

Hinzu kommt eine gesetzliche Ersatzabgabe bei Neubauten und grösseren Umbauten von 1'500 Franken pro kW, wenn kein eigener Strom produziert werden kann, oder der Nachweis sich einem Anlagenverbund anzuschliessen fehlt. Bestraft wird damit, wer geografisch keinen idealen Standort hat – etwa wegen Norddächern, Verschattung oder Lage. Das ist eine klare Ungleichbehandlung und ein Eingriff ins private Eigentum. «Passt auch zum Gedanken günstiger Wohnraum zu schaffen und weniger Bürokratie?»

Das Grundproblem bleibt ungelöst: Wir haben zu viel Strom im Sommer und zu wenig im Winter. Die SVP Obwalden setzt sich deshalb für eine zukunftsorientierte und realistische Energiepolitik ein. Dazu gehören alternative Energieformen, die im Winter wirken und den Stromverbrauch senken, wie Holzheizungen, Wärmeverbunde und die Nutzung von einheimischem Holz. Dieser Rohstoff wächst vor unserer Haustür, schafft regionale Wertschöpfung und stärkt unsere Versorgungssicherheit. Das ist nur ein Beispiel wie Strom mit anderen Energieformen gespart werden kann.

Die SVP Obwalden ist gegen eine Verschärfung der bundesgesetzlichen PV-Pflicht, diese Verschärfung muss aus dem kantonalen Gesetz wieder gestrichen werden. Zudem hat am 13. Juni 2021 das Stimmvolk von Obwalden mit 64 % Nein-Stimmen das CO₂-Gesetz klar abgelehnt. Diese Verschärfung wurde gegen den Volkswillen von unserem Parlament trotzdem eingeführt. Wir stehen für Technologieoffenheit statt Zwang und für eine Energiepolitik mit Augenmaß – im Interesse der Bevölkerung und der Versorgungssicherheit.



Werner Ettlin
Kantonsrat, Sachseln



Liste 2

Für Sachseln in den Kantonsrat

Werner Ettlin

5. Januar 1970
verheiratet • 3 Kinder

Beruf · Immobilienverwaltung / Autogewerbe

Aus- & Weiterbildung

- Immobilienbewirtschaftung
- Handel und Vermietung
- Inhaber allroad-car Kägiswil, WERA Finanz AG und WE Immobilien AG Kägiswil

Politische Ämter

- Kantonsrat · Baukommission · Steuerkommission

Vereine / Verbände

- Gewerbeverband Obwalden
- Gewerbeverband Sachseln
- Golfclub Sarneratal (passiv) · GMMU (passiv)

Hobbys

- Wandern · Schwimmen · Reisen · Biken



Politische Schwerpunkte

- Steuern
- Bau
- Unternehmen
- Stärkung der Arbeiter- und Mittelschicht

Rolf Baltensperger

30. Dezember 1963
verheiratet · 4 Kinder

Beruf · Beratung & Verkauf bei talsee AG

Aus- & Weiterbildung

- Konstruktionsschlosser · Handelsschule · Div. Verkaufsschulungen

Politische Ämter

- 18 Jahre Exekutiv-Mitglied der Schulpflege Opfikon-Glattbrugg:
- 10 Jahre Kommissionspräsident Schülertelange, Laufbahnentscheid
- 8 Jahre Kommissionspräsident der Musikschule
- 5 Jahre Baukommission, Neubau Schulzentrum und Schulhaus Glattpark
- 8 Jahre Parteivorstand und Wahlkampfleiter auf kommunaler Ebene

Hobbys

- Familie · Reisen · Sport



Politische Schwerpunkte

- Wirtschaft
- Schulwesen

Das Geld kommt von der Wirtschaft, nicht vom Staat

Bildung, Sicherheit, Kultur, Umweltschutz, Wissenschaft, soziale Einrichtungen – all diese Bereiche haben etwas gemeinsam: Man muss sie sich leisten können. Dank der hohen Produktivität, welche die Wirtschaft in unserem Land erzielt, können wir sie uns leisten.

Dass wir weltweit in allen Bereichen unter den Top-Platzierten sind, verdanken wir nicht dem Staat, Beamten oder Aktivisten, sondern einer einzigen Gruppe von Menschen: Unternehmern. Gewerbe, Bauernstand, Industrie. Leuten, die Arbeitsplätze schaffen, ohne die kein Mensch in der Lage wäre, Steuern zu bezahlen. Leuten, die Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr um Jahr daran arbeiten, bessere Produkte effizienter herzustellen. Der Staat profitiert automatisch mit, höhere

Produktivität schafft auch höhere Steuereinnahmen. Die Kernaufgabe eines Staates ist es, für die Rahmenbedingungen zu sorgen, damit Menschen das Risiko auf sich nehmen, unternehmerisch tätig zu werden. Der Staat muss in erster Linie Eigentum, Recht und Freiheit schützen. Doch das Verhältnis zwischen Bürokratie und Unternehmertum kehrt sich seit Jahren immer stärker um: Nicht mehr der Staat dient den Unternehmern und ihren Mitarbeitern,

sondern diese haben zunehmend einem grenzenlos wachsenden Wohlfahrts- und Wohlfühlstaat zu dienen, der vorrangig sich selber fördert, während er das Unternehmertum immer stärker einengt. Die freie Kooperation zwischen Unternehmen und Privatpersonen wird aus ideologischen Gründen durch den Staat behindert oder verhindert.

Wenn wir unseren Wohlstand und damit Sicherheit, Umwelt, Bildung, Kultur und soziale Einrichtungen

erhalten wollen, dann muss sich das zügig wieder ändern. Der Staat muss wieder schlanker und ein Dienstleistungs-Erbringer für jene werden, die ihn überhaupt erst möglich machen. Selbstverantwortung und Leistung müssen sich wieder richtig lohnen und Leben auf Kosten anderer muss wieder zu dem werden, was es einst war: Not hilfe, Ausnahme und Überbrückung.

*Rolf Baltensperger
Kantonsratskandidat, Sachseln*



Rolf Baltensperger auch in den Gemeinderat

Die SVP Sachseln schlägt Ihnen Rolf Baltensperger als erfahrenen Kandidaten zur Wahl in den Einwohnergemeinderat Sachseln vor. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Exekutivmitglied auf Gemeindeebene und umfassende politische Praxis.



Liste 2

Für Sachseln in den Kantonsrat

Isabella Kretz-Kiser

23. Oktober 1973
geschieden · 2 Kinder

Beruf · Lohnbuchhalterin

Aus- & Weiterbildung

- Personalassistentin
- Servicefachangestellte
- Sachbearbeiterin in Rechnungswesen und Treuhand

Politische Ämter

- Vorstandsmitglied Sachseln
- alt-KR
- ehm. Ortspräsidentin Kerns
- ehm. Sozialkommission Kerns

Vereine / Verbände

- TC Kerns

Hobbies

- Tennis · Wellness · Freunde

Politische Schwerpunkte



· Personalwesen · Finanzen

Albert Enz

5. November 1950
verheiratet · 2 Kinder

Beruf

- Pensioniert

Aus- & Weiterbildung

- Mechaniker
- Unternehmer
- Gründer und ehemaliger Inhaber Enz Technik AG Giswil

Hobbies

- Technik
- Boote
- Entwickeln von Sondermaschinen



Politische Schwerpunkte

- Wirtschaft
- Gewerbe
- Bauwesen

Individualbesteuerung: kompliziert, teuer und ungerecht

Nur sehr knapp hat der Nationalrat der Einführung einer neuen Individualbesteuerung für verheiratete Paare zugestimmt. Im Ständerat war der Entscheid hauchdünn: 22 gegen 21 Stimmen. Hingegen lehnt die Konferenz der Kantonsregierungen die Individualbesteuerung ab. In der Vernehmlassung haben 21 der 26 Kantone die Vorlage abgelehnt.



Wie wird die Heiratsstrafe abgeschafft?

Am 8. März die Individualbesteuerung ablehnen und im Herbst 2026 die Initiative der Mitte «Heiratsstrafe abschaffen – Splitting einführen» annehmen.

Kompliziert. Um das Vermögen eines Ehepaars künftig individuell zu besteuern, müsste der gemeinsame Besitz faktisch wie bei einer Scheidung aufgeteilt werden – von Bankguthaben bis hin zu Wohneigentum.

Ungerecht. Ehepaare mit nur einem Haupteinkommen oder Familien mit einem tiefen Zweiteinkommen würden durch die Individualbesteuerung deutlich stärker belastet. Gerade traditionelle Familienmodelle wären steuerlich benachteiligt, obwohl sie heute einen wichtigen Teil der Gesellschaft ausmachen.

Teuer. Auch der bürokratische Aufwand wäre enorm. Künftig müssten Ehepaare zwei statt einer Steuererklärung einreichen. Für die Bearbeitung der rund 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen müssten Kantone und Gemeinden tausende neue Steuerbeamte einstellen.

Neue «Heiratsstrafe». Die Individualbesteuerung schafft eine neue steuerliche Benachteiligung verheirateter Paare («Heiratsstrafe»). Die Abschaffung der «Heiratsstrafe» kann viel einfacher beseitigt werden. Das hat die Mehrheit der Kantone mit dem Splittingmodel gezeigt.

Noch mehr Bürokratie. Hinzu kommt, die Kantone und Gemeinden müssten ihr Steuerrecht überarbeiten und zahlreiche Regelungen – von Prämienverbilligungen über Stipendien bis hin zu Vergünstigungen für die familiengänzende Kinderbetreuung – komplett neu ausgestaltet werden. Ein kostspieliger Umbau des Systems, dessen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger fraglich bleibt.

Monika Rüegger,
Nationalrätin

5 Gründe für ein NEIN

1. NEIN zum Angriff auf Mittelstand und Familien:

Der Mittelstand wird durch eine neue Heiratsstrafe benachteiligt. Nur wenige Doppelverdiener-Paare mit hohem Einkommen profitieren von der Individualbesteuerung.

2. NEIN zum massiven Mehraufwand für Ehepaare:

Neu müssen zwei Steuererklärungen pro Familie ausgefüllt werden. Das bedeutet 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen pro Jahr.

3. NEIN zur steuerlichen Aufteilung des Besitzes der Eheleute:

Damit das Vermögen eines Ehepaars individuell versteuert werden kann, müsste sein Besitz wie bei einer Scheidung aufgeteilt werden.

4. NEIN zum milliarden-teuren Bürokratiemonster:

Die Individualbesteuerung kann nur mit Tausenden zusätzlichen Steuerbeamten sowie mit millionenteuren IT-Projekten in allen 26 Kantonen umgesetzt werden – auf Kosten der Steuerzahrenden.

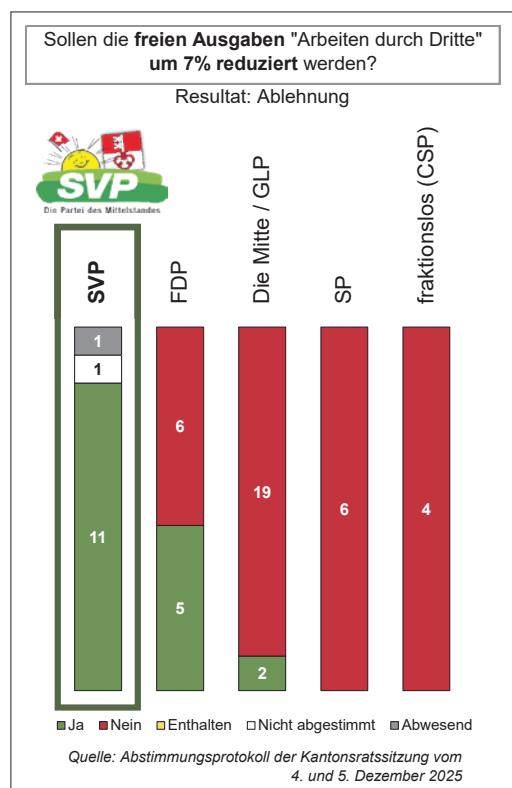
5. NEIN zur Aushöhlung des Föderalismus:

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) lehnt die Individualbesteuerung ab.



Ausser Spesen nichts gewesen

Das titelgebende Sprichwort war leider selten so zutreffend wie für die Budgetberatungen des Kantonsrats vom 4. und 5. Dezember 2025. Das strukturelle Defizit von jährlich um die 30 Millionen Schweizer Franken wird im Budget 2026 und im Finanzplan für die kommenden Jahre durch Sondereffekte und optimistische Annahmen verdeckt. Allein die rein buchhalterische Aufwertung der Spitalimmobilien poliert die Bilanz um gut 17 Millionen auf. Hinzu kommen optimistische Annahmen hoher Nationalbankausschüttungen oder stagnierender Personalkosten. Trotzdem ist der Kantonsrat nicht in der Lage, Einsparungen vorzunehmen.



Die schlechte Finanzlage bewegte die Fraktionen im Parlament zwar dazu, sich in ihren Eintrittsvoten gegenseitig mit Sparbekenntnissen zu überbieten. Davon blieb in der Detailberatung aber nichts übrig. Die SVP war die einzige Fraktion, die im Budget 2026 überhaupt Vorschläge für Kürzungen einbrachte. Mit diesen hätte punktuell das Ausgabenwachstum gebremst werden sollen, etwa bei den Lehrmitteln oder Dienstleistungen Dritter.

Im Budget 2025 hatte der Kantonsrat noch eine Kürzung von CHF 800'000 für Arbeiten durch Dritte und Honorare externer Berater vorgenommen. Für das Jahr 2026 akzeptiert das Parlament in diesen Positionen den Voranschlag der Regierung, obwohl er bereits wieder um CHF 100'000 höher liegt als im Budget 2025 vor der Kürzung. Mit einem SVP-Antrag zur Reduktion der freien Ausgaben durch Dritte im Umfang von 7% der Gesamtsumme hätte man wenigstens auf dieses Niveau zurückfahren können. Er wurde, wie alle unsere Anträge, abgelehnt.

Obwohl auch die anderen bürgerlichen Parteien behaupten, sparen zu wollen, finden sie bei jeder Ausgabenposition einen Grund, weshalb man gerade dort nicht reduzieren kann. Dies verheisst nichts Gutes für den nun angestossenen Prozess, mit dem das Defizit des Kantons in Zusammenarbeit mit den Gemeinden behoben werden soll. Denn wenn es nicht gelingt, Aufgaben und Ausgaben unseres Kantons zu reduzieren, drohen Steuererhöhungen.

Severin Wallimann
Kantonsrat, Alpnach

Budget 2026: Sitzungsgelder und Einsparungen	
Sitzungsgelder Kantonsrat (zwei Sitzungstage)	32'340.-
2 x 55 x CHF 294.-	
Sitzungsgelder vorberatung durch Geschäfts- und Rechnungsprüfungs- kommission GRPK (ein Sitzungstag und fünf Sitzungshälbtage)	14'190.-
1 x 11 x CHF 290.- 5 x 11 x CHF 200.-	
	= 46'530.-
Einsparung durch Antrag GRPK	- 45'000.-
	1'530.-

Budget 2026: Spesen und Einsparungen

Bilanz: Die Vorbereitung und Beratung des Kantonsrats hat CHF 1'530.- mehr gekostet als die Einsparungen, welche im Budget 2026 durch das Parlament vorgenommen wurden.

Im operativen Ergebnis wird für das Jahr 2026 ein Verlust von über 30 Mio. Schweizer Franken budgetiert.



Christliche Werte verteidigen

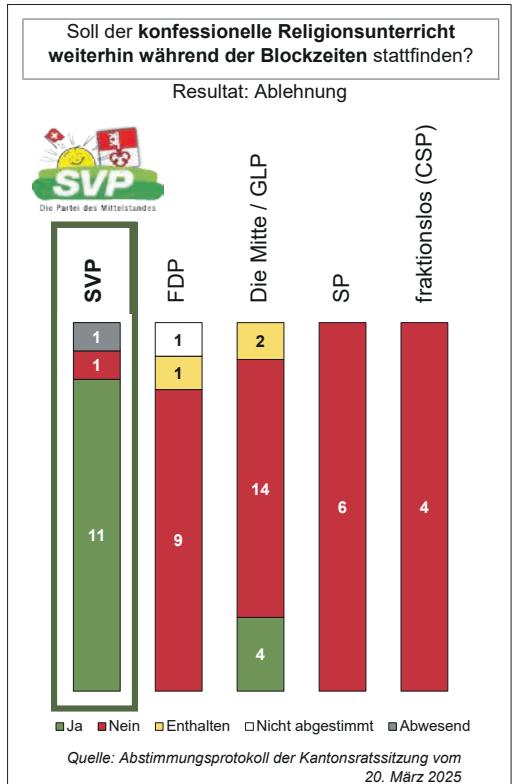
Die anderen Parteien geben das Christentum auf: Anlässlich der Revision des Bildungsgesetzes war SVP die einzige Partei, die fast geschlossen für den Erhalt des Religionsunterrichts während der Blockzeiten gestimmt hat.

Persönliche Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und die klassische Familie sind tief in der christlichen Tradition verwurzelte Werte. Sie haben unser Land geprägt und wesentlich dazu beigetragen, dass die Schweiz heute so ist, wie wir sie kennen. Aus einer falsch verstandenen Toleranz heraus stehen wir jedoch immer seltener zu unserer christlich-abendländischen Kultur. Wir nehmen hin, dass das Kruzifix im Klassenzimmer infrage gestellt wird, dass Weihnachten nicht mehr beim Namen genannt wird, sondern nebulös von «Festtagen» die Rede ist, oder dass die Cervelat auf Schulausflügen zu Hause bleiben muss.

Aus einer falsch verstandenen Toleranz heraus stehen wir immer seltener zu unserer christlich-abendländischen Kultur.

SVP Obwalden

Die Fraktion der SVP Obwalden war anlässlich der Revision des Bildungsgesetzes die einzige Partei, die fast geschlossen für den Erhalt des Religionsunterrichts während der Blockzeiten gestimmt hat. Die Mitte – die sich vor wenigen Jahren noch christlich-demokratisch nannte – hat fast gänzlich dagegen gestimmt, die christlich-soziale CSP war einstimmig dagegen. Die SVP versteckt sich nicht. Wir stehen ein für christliche Werte und verteidigen sie klar und selbstbewusst!



Spenden: Unterstützen Sie den Wahlkampf der SVP Obwalden!

Nur dank Ihrer finanziellen Unterstützung ist die SVP Obwalden in der Lage, auch weiterhin konsequent für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand im Kanton Obwalden, eine unabhängige und neutrale Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren, Abgaben einzustehen. Parteispenden werden von der SVP Obwalden absolut vertraulich behandelt. Namen und Adressen von Spendern werden nicht bekannt gegeben. Beachten Sie zudem die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Parteispenden.

Konto / Zahlbar an: CH07 0078 0013 0522 0770 7, SVP Obwalden, 6061 Sarnen 1, Vermerk: Wahlen Kantonsrat 2026.

Vor der Einzahlung abzutrennen					
Empfangsschein		Zahlteil		Konto / Zahlbar an	
Konto / Zahlbar an CH85 0078 0013 0536 6110 7 SVP Obwalden 6061 Sarnen 1		 <input type="checkbox"/> Zahlbar durch (Name/Adresse) <input type="checkbox"/> Währung <input type="checkbox"/> Betrag <input type="checkbox"/> Annahmestelle		CH85 0078 0013 0536 6110 7 SVP Obwalden 6061 Sarnen 1	
<input type="checkbox"/> Zahlbar durch (Name/Adresse) <input type="checkbox"/> Währung <input type="checkbox"/> Betrag <input type="checkbox"/> Annahmestelle		<input type="checkbox"/> Zahlbar durch (Name/Adresse) <input type="checkbox"/> Währung <input type="checkbox"/> Betrag		Zusätzliche Informationen Wahlen Kantonsrat 2026	

REGA im Sarneraatal – Nutzen oder Schaden für den Standort Obwalden?

Der Flugplatz Kägiswil prägt seit 1943 die Geschichte Obwaldens und wird seit 1954 zivil genutzt. Heute betreibt die Flugplatz-Genossenschaft Obwalden (FGOW) den Platz mit rund 300 Mitgliedern und drei Flugschulen erfolgreich. Auch die Obwaldner Helikopterfirma ROTEX ist hier teilweise ansässig und plant eine Erweiterung.

Neu beabsichtigt nun auch die REGA, ihren Standort nach Kägiswil zu verlegen. Trotz ihres hohen Ansehens stellt sich die Frage, ob der Standort geeignet ist und ob dafür bestehende lokale Akteure verdrängt werden sollen. Als steuerbefreite Stiftung zahlt die REGA keine Steuern, würde jedoch ein

Verwaltungsgebäude mit über 200 Arbeitsplätzen errichten und spezielle Anflugverfahren benötigen. Gleichzeitig müssten zahlreiche Mitarbeitende von Zürich nach Obwalden ziehen – in eine Region mit sehr knappem Wohnraum (Alpnach 2025: 5 freie Wohnungen; Sarnen 2025: 16 Objekte).

Ob diese Verlagerung realistisch ist, bleibt offen. Sicher ist hingegen ein deutlicher Anstieg des Individualverkehrs. Zudem könnte die REGA lokale Betriebe im Wachstum bremsen und steuerzahlende Unternehmen verdrängen. Obwohl der Helikopterbetrieb primär auf Bürozeiten beschränkt wäre, könnte die REGA als Blaulichtorganisation langfristig auf einen 24/7-Be-

trieb ausweiten. Die Machbarkeit steiler Anflüge und die Einhaltung der Grenzwerte aus den zusätzlichen Lärmmissionen sind bisher nicht belegt.

Es ist daher legitim zu fragen, ob Kägiswil der richtige Standort ist. Alternativen bestehen: der Flughafen Zürich als heutiger und luftfahrttechnisch sinnvollster Standort oder der Kanton Uri, der die REGA ausdrücklich willkommen heisst.

Eine weitere Option wäre ein Mischbetrieb in Kägiswil. Dafür müssten sich sowohl die Korporation Freiteil als auch die REGA bebewegen. Eine verkürzte, verschmä-

lerte Piste würde viel Raum für neues Landwirtschaftsland schaffen. Sinnvoll wäre, den Verwaltungssitz in das Industriegebiet zu verlegen (Landwirtschaftsland schützen), während der Unterhalt am Flugplatz bliebe. So hätten FGOW und ROTEX weiterhin Platz, und dem Kanton sowie dem Bund blieben Steuereinnahmen und Ausbildungsplätze in der zivilen und militärischen Luftfahrt erhalten.

*Dr. Peter Wild
Kantonsrat, Engelberg
Linienpilot & Fluglehrer / Lehrbeauftragter Luftfahrt ETH*

Nur dank der REGA-Ansiedlung wird ein Teil der Flugpiste zurückgebaut

Die Diskussion um die Ansiedlung der REGA (Schweizerische Rettungsflugwacht) in Kägiswil sorgt für Gesprächsstoff. Klar ist: Die Bewilligung für private Flächenflugzeuge läuft aus und die Korporation Freiteil als Eigentümerin setzt sich konsequent für den Rückbau der Piste ein. Damit wird eine langfristige Strategie verfolgt, die Anwohner schützt und das Eigentum stärkt.

Gerade in der Schweiz ist der Schutz von landwirtschaftlichen Flächen zentral. Immer mehr fruchtbare Land geht durch Bauprojekte verloren – auch durch die

ökologische Umgestaltung der Sarneraa. Ein Teil dieser Flächen liegt direkt beim Areal der heutigen Flugpiste. Für die Versorgungssicherheit und die Schweizer Bauern ist es höchste Zeit, dass diese Flächen wieder der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Das REGA-Projekt garantiert nun, dass zumindest ein Teil der Piste zurückgebaut wird.

Die REGA ist ein Schweizer Vorzeigunternehmen, das im Notfall Leben rettet. Niemand will auf diese Sicherheit verzichten. In Obwalden entsteht zwar keine Einsatzbasis,

aber eine moderne Helikopter-Servicestelle und vielleicht sogar der Hauptsitz. Das schafft qualifizierte Arbeitsplätze in der Region und sichert die Zukunft der Schweizer

Flugrettung – ohne unnötigen Flächenverbrauch.

*Peter Abächerli
Kantonsrat, Giswil*



**Freiheit
Sicherheit
Wohlstand
Für Obwaldä!**

Liste 2



Die Partei des Mittelstandes

Franziska Kathriner in den Regierungsrat!

Ich unterstütze Franziska Kathriner von der SVP mit voller Überzeugung.

Franziska Kathriner bringt einen beeindruckenden Erfahrungsschatz im Finanz- und Steuerbereich mit. Ihre fundierten Kenntnisse und ihr Engagement in diesen komplexen Themen sind für unseren Kanton von unschätzbarem Wert. Gerade in Zeiten, in denen eine nachhaltige und verantwortungsvolle Finanzpolitik wichtiger denn je ist, braucht Obwalden eine Persönlichkeit wie sie, die mit Sachverstand und Weitblick agiert.

Sie steht für Stabilität, Wohlstand und Lebensqualität in Obwalden. Franziska setzt sich dafür ein, dass unser Kanton finanziell gesund bleibt, die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet ist und die Wirtschaft gestärkt wird – zum Wohle aller Einwohnerinnen und Einwohner.

Franziska Kathriner trägt mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und ihrem Engagement einen grossen Gewinn für den Regierungsrat und für Obwalden bei. Deshalb empfehle ich Ihnen, bei den kommenden Wahlen Ihre Stimme Franziska Kathriner zu geben.

Michael Schäli
Gemeinderat Lungern

Wissen UND Können

Ihnen wird es wie mir ergehen. Wir ObwaldnerInnen suchen den bestmöglichen Ersatz für den zurücktretenden Daniel Wyler welcher über zwei Amtsperioden für unseren Kanton sehr gute Arbeit im Regierungsrat-Kollegium abgeliefert hat.

Wenn ich den Berufs- und Lebensweg der 54-jährigen Franziska Kathriner heranziehe, fällt mir der Entscheid leicht. Franziska Kathriner hat in ihren langjährigen Funktionen als Richterin (16 Jahre am Obergericht) und in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission der Einwohnergemeinde Sarnen (12 Jahre GRPK) bewiesen, dass sie Durchhaltewillen hat. Sie weiss nicht nur, welche Anforderungen in der Exekutive (Gemeinderat), Legislative (Kantonsrat) und der Judikative (Gericht) für ein gutes Zusammenwirken mit dem Volk und den Gemeinden erforderlich ist.

Lassen wir unnötiges Parteigeplänkel und setzen auf Kompetenzen, eben Wissen UND Können, weshalb der freiwerdende Sitz der SVP wieder mit einer überaus fähigen Frau im Regierungsrat besetzt wird.

Aus tiefster Überzeugung empfehle ich Franziska Kathriner zur Wahl als Regierungsrätin.

Anna Steiner-Durrer, Sarnen

In allen Lebenslagen anpacken

Franziska Kathriner lernte ich als junge LKW-Chauffeuse kennen, die sich nicht zu hübsch war, auszusteigen und die Hände schmutzig zu machen. An ihrem Werdegang ist erkennbar, die grosse Kompetenz in allen Lebenslagen, die das Leben von unten bis nach oben kennt. Mit Willen, einem gesunden Menschenverstand und als Kämpferin ihre Ziele anstrebt. Solche Persönlichkeiten mit Erfahrung in allen Lebenslagen, bereit zuzupacken, um etwas zu bewirken, brauchen wir. Daher geben wir unsere Stimme für Franziska Kathriner, in den Obwaldner Regierungsrat.

Rita und Walter Britschgi, Giswil

Franziska Kathriner – eine Frau von Format für die Regierung

Mit einem Wähleranteil von über 25% sollte der Anspruch der SVP auf einen Regierungsratssitz eigentlich kaum in Frage gestellt sein.

Mit der 54-jährigen Franziska Kathriner stellt die SVP Obwalden eine hervorragend qualifizierte und lebenserfahrene Frau zur Wahl in den Regierungsrat. Ja, die SVP Obwalden stellt eine Frau zur Wahl und da ist zu hoffen, dass alle Frauen, welche immer wieder mehr Frauen fordern, nun auch ihre Stimme Franziska Kathriner geben.

Ich habe Franziska Kathriner in den nun bald 30 Jahren, seit ich sie kenne, immer wieder mit grossem Sachverstand und hoher Kompetenz erlebt und schätzen gelernt. Sie hat mit ihrem grossen und breiten Rucksack an Ausbildung und Erfahrung sehr viele Kompetenzen, welche sonst zuerst gesucht werden müssen.

Mit ihrem meinungsstarken Sachverstand ist sie in der Lage komplexe Zusammenhänge in den verschiedensten Bereichen auf den Punkt zu bringen und Lösungen aufzuzeigen.

Der Kanton Obwalden steht vor grossen Herausforderungen, welche gelöst werden müssen. Da reichen schöne Worte nicht – es müssen Taten folgen. Franziska Kathriner liebt Herausforderungen und sie ist dieser Aufgabe gewachsen.

Mit Überzeugung wähle ich Franziska Kathriner in den Regierungsrat. Sie hat auch Ihre Stimme und Ihr Vertrauen verdient, Danke!

Christoph von Rotz, Sarnen
a. Nationalrat, a. Kantonsrat

Analyse aus verschiedenen Blickwinkeln für das grosse Ganze

Franziska Kathriner bringt einen aussergewöhnlich breiten Erfahrungsschatz mit. Sie kennt die politische Arbeit aus der Exekutive, aus dem Parlament sowie aus 16 Jahren Tätigkeit am Obergericht. Ihr vielseitiger beruflicher und politischer Werdegang zeugt von Sachkompetenz, Bodenständigkeit und Verantwortungsbewusstsein. Immer wieder beeindruckt mich, wie sie komplexe Situationen aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysieren kann und dabei das grosse Ganze ebenso im Blick behält wie einzelne Anliegen. Darum schenke ich ihr mein Vertrauen.

Nael Hasler, Fachmann I+D EFZ, Theologie Student

Hartnäckig und dossierfest

Ich schätze Franziska Kathriner als Kollegin in unserer Kantonsratsfraktion sehr. Sie übt ihr Amt stets hervorragend vorbereitet und mit grossem Sachverstand aus. Dabei kommen ihr sowohl ihr breiter beruflicher Hintergrund als auch ihr ausgeprägtes Gespür für die relevanten Fakten zugute. Hat sie sich auf dieser Grundlage eine Meinung gebildet, vertritt sie ihren Standpunkt konsequent, ausdauernd und mit überzeugenden Argumenten. Sie bleibt dran, auch wenn es unbequem wird. Damit bringt sie eine für erfolgreiche politische Arbeit entscheidende Eigenschaft mit.

Genau diese Mischung aus Kompetenz, Durchhaltevermögen und Umsetzungsstärke braucht es in der Exekutive. Ein guter bürgerlicher Regierungsrat spricht nicht nur über bürgerliche Anliegen, sondern setzt sie wirksam um. Franziska Kathriner bringt alles mit, was es dafür braucht, und verdient deshalb unsere Stimme.

Severin Wallimann, Kantonsrat Alpnach

Volksabstimmung vom 8. März 2026

Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten» (Bargeld ist Freiheit)

- Bargeld ist Freiheit, weil es überall und immer einsetzbar ist.
- Bargeld fördert die Unabhängigkeit von technischen Systemen.
- Bargeld schafft Sicherheit, auch vor Negativzinsen.



Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung

Stichfrage: **Volksinitiative**

Volksinitiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative)

- Statt jetzt 335 Fr. nur noch 200 Fr. zahlen.
- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe.
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen.



Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt» (Klimafonds-Initiative)

- Bund setzt schon heute jährlich 2,5 Milliarden für Klima + Biodiversität ein.
- Zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts jährlich in Milliardenhöhe.
- Staatliche Planwirtschaft ohne Eigenverantwortung und Verursacherprinzip.



Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung

- Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft wird aufgegeben.
- Familien bezahlen mehr, kinderlose Doppelverdiener profitieren.
- Bürokratie: 1,7 Millionen mehr Steuererklärungen in der Schweiz.



Schlusswort der Nationalrätin

Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen – eine unsichere Welt verlangt klare Haltung

Die internationale Lage ist politisch unberechenbar geworden. Die Schweiz darf sich nicht treiben lassen. Wir sind verpflichtet, unsere **innerstaatliche Sicherheit**, unsere **Freiheit** und unsere **Unabhängigkeit** zu verteidigen. Diese drei Säulen bilden das Fundament unseres Landes – sie sind unverrückbar.

Bereits im Juni steht eine richtungsweisende Abstimmung an: die Begrenzung der Zuwanderung auf **10 Millionen Einwohner**. Heute leben rund **9.12 Millionen** Menschen in der Schweiz. Vor 20 Jahren waren es noch **7.5 Millionen**. Dieses Wachstum hat spürbare Folgen – etwa beim Wohnraum, Verkehr, Schulen, Gesundheitswesen und bei der Sicherheit. Alles wird knapp, alles wird teurer. Richtiges Handeln ist angezeigt.

Auch die **Neutralität** steht zur Debatte. Eine klare, glaubwürdige Neutralität schützt unser Land davor, in fremde Konflikte hineingezogen zu werden. Sie stärkt Frieden, Stabilität und die Unabhängigkeit der Schweiz – gerade in unsicheren Zeiten.

EU-Rahmenabkommen: Brüssel statt Volk?

In den kommenden Jahren wird zudem das EU-Rahmenabkommen beraten und voraussichtlich in einem bis zwei Jahren dem Volk vorgelegt. Kernpunkt ist die institutionelle Unterordnung: automatische Übernahme von EU-Recht, massiver Einfluss des EU-Gerichtshofs, mögliche Sanktionen. Unsere direkte Demokratie ist fundamental gefährdet. Unbestritten muss sein:

in der Schweiz muss das Volk das letzte Wort haben, nicht Büro- und Technokraten in Brüssel.

Verantwortung für Obwalden

Unsere **29 Kandidatinnen und Kandidaten** vertreten diese Werte. Sie tragen Obwalden Sorge und setzen sich für die Bürger ein. Sie sind berechenbar und verlässlich. Man weiß, woran man ist. Frauen und Männer, jüngere und erfahrene Persönlichkeiten, Angestellte, Chefs, Unternehmer oder Pensionäre – Eltern oder Singles. Sie repräsentieren die Vielseitigkeit der Obwaldner Bevölkerung und bringen ihre politische Arbeit im Kantonsrat ein, damit **Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit** gewahrt bleiben.



**Ganz herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung!**


Monika Rüegger
Nationalrätin

Franziska Kathriner in die Obwaldner Regierung



Persönlich

1971 geboren, aufgewachsen und wohnhaft in Stalden, verheiratet, eine 17-jährige Tochter

Aus- und Weiterbildung:

Bäuerin mit eidg. Fachausweis (2023)
MAS FH in Treuhand- und Unternehmensberatung (2020)
dipl. Treuhandexpertin (2018)
Berufszulassung Personen- und Güterverkehr (2003), LKW-Führerschein (1989)
Treuhänderin mit eidg. Fachausweis (1997), Kaufmännische Angestellte EFZ (1992)
Hauswirtschaftliche Angestellte EFZ (1988)

...

Berufserfahrung:

Leiterin (bis Geburt Tochter) / Leiter-Stv. Abteilung Natürliche Personen Finanzdirektion NW
Finanz- und Steuerverwalterin Gemeinde Hergiswil NW
Bereichsleitung in Transportfirma, Mitarbeit im Handwerks- und Gewerbe-Betrieb vom Ehemann

...

Politik:

Kantonsrätin Obwalden und Gemeinderätin Sarnen, Departement Werke, Stv. Finanzen
Richterin Obergericht Obwalden (2000-2016)
Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) Gemeinde Sarnen (2004-2016)
Gründungs- und Vorstandsmitglied SVP Obwalden, langjährig Vizepräsidium (1999-2016)

...

Motivation für meine Regierungsrats-Kandidatur

- In Obwalden aufgewachsen und wohnhaft liegen mir „**Lytt und Land**“ am Herzen;
- Übernahme politischer **Verantwortung** mit der **Berufs- und Lebenserfahrung** einer 54-Jährigen sowie der **Erfahrung aus allen 3 Staatsgewalten** – für zukunftsweisende Entscheidungen;
- Die **SVP als zweitstärkste politische Kraft** (mehr als 25 % der Obwaldnerinnen und Obwaldner im Regierungsrat vertreten);
- Umsetzung der Obwaldner **Standortstrategie** als fortsetzender **Erfolgsfaktor**.

Franziska unterwegs ... Wollen Sie mehr erfahren?

Ich freue mich auf das persönliche Gespräch mit Ihnen.

- Samstag, 7. Februar 2026, 09 - 11 Uhr **Giswil** (Entsorgungshof)
- Samstag, 14. Februar 2026, 09 - 11 Uhr **Kerns** (vor dem Rössli)
- Samstag, 21. Februar 2026, 09 - 11 Uhr, **Engelberg** (Dorf)
- Samstag, 28. Februar 2026, 09 - 11 Uhr, **Alpnach** (VOI)
- Samstag, 07. März 2026, 09 - 11 Uhr, **Sarnen** (Dorfplatz)